

Sozialdemokrat

Zentralorgan der Deutschen sozialdemokratischen Arbeiterpartei
in der tschechoslowakischen Republik.

Bezugsbedingungen:
Bei Zustellung ins Haus
oder bei Bezug durch die
Post
monatlich . . . Kz 16.—
vierteljährlich . . . 48.—
halbjährig . . . 96.—
ganzjährig . . . 192.—
Abnahme
von Manuskripten erfolgt
nur bei Einbindung der
Retourkarten.
Erscheint mit Ausnahme
des Montag täglich früh.

Die Unschuldigen.

Ein Wort muß doch über die Kommunisten und ihren Anteil, den sie an dem für das sozialistische Proletariat schlechten Wahlergebnis haben, gesagt werden. Wir und mit uns auch die übrige Parteipresse haben uns bei der Besprechung der Ursachen dieser Wahlschlappe den Kommunisten gegenüber die größte Zurückhaltung aufgelegt, weil wir meinten, daß alle proletarischen Parteien gleich uns jetzt die Notwendigkeit empfinden werden, angesichts des gemeinsamen Feindes nichts zur Verschärfung der Gegenläge zu tun, doch wie sich ihre Presse aufteilt und das Wahlergebnis gegen unsere Partei auszusprechen sucht, das kann nicht ohne Antwort bleiben. Es wäre noch hinzunehmen, daß die kommunistischen Blätter sich und ihre Leser bewußt über den Wahlausfall zu täuschen suchen, der doch, wenigstens für die „deutsche Sektion“ der Kommunisten eine noch bei weitem größere Niederlage darstellt, als für die deutschen Sozialdemokraten. Wenn die Gesamtziffern vorliegen werden, soll den Kommunisten bewiesen werden, daß sie kaum den fünften Teil deutscher Arbeiterstimmen erhielten, den wir auf unsere Kandidaten vereinigten, von dem Prozentlage, den ihre Stimmen unter jenen der Gesamtbevölkerung betragen, gar nicht zu reden. Man wird dann überschauen können, wie groß der Anhang jener ist, die nicht anders als im Namen des Proletariats sprachen und täglich in Westrevolution machten. Nun fasseln sie nach dem armseligen Ergebnis, das insbesondere ihre Hochburg zeigte, von einer „bemerkenswerten Festigung der kommunistischen Bewegung sowohl im deutschen als auch im tschechischen Gebiete“ und schwindeln, die „Verbetracht des Kommunismus“ habe sich wieder einmal in strahlendem Lichte gezeigt. Sie machen es wie der Wanderer im finsternen Walde, der sich durch Pfeifen Mut macht. Man brauchte nichts dagegen einwenden, wenn sich die Kommunisten selber so eifrig belügen, aber ihre Blätter, die den Sieg des Kommunismus vollständig machen wollen, tuten auch in das Horn der deutschen Schriftleiterpresse und erzählen von der „vernichtenden Niederlage“ der Sozialdemokraten. Und sie machen noch ein weiteres: mit gut gemunter Entrüstung weisen sie die Zuzumutung zurück, daß ihre Hege gegen uns den Wahlerfolg in die Hände der Bürgerlichen spielen half, vielmehr machen sie uns selbst dafür verantwortlich.

Die Besessenheit, mit der die kommunistische Presse in das Schriftleitergetreiß vom „unaufhaltbaren Niedergang“ der Sozialdemokratie einstimmt, läßt darauf schließen, daß die Kommunisten ihre sauberen Methoden fortzusetzen gedenken und daß sie aus dem Wahlausfall keine Lehre ziehen wollen. Umso mehr suchen sie uns zu beschreiben. So erfahren wir denn von ihnen, daß wir nicht mit einem Wechsel von Rückgang und Fortschritt zu rechnen hätten, sondern daß es mit uns aus und vorbei ist, daß wir uns eben „unaufhaltbar“ entschließen müßten, zugunsten des „erstarken Kommunismus“ zu sterben. Wir bedauern höchlichst, der freundlichen Einladung nicht Folge leisten zu können, besonders nicht nach diesen Wahlen, die das „Erstarken“ des Kommunismus in keineswegs aufregender Weise zeigen, und besonders, wenn wir die Beweise dafür vernehmen. Als Beweis führt nämlich der Reichsberger „Vorwärts“ — Rußland (!) an, wo dieser Niedergang „bis zur vollständigen Abkehr des letzten Arbeiters“ von der Sozialdemokratie geführt habe. Es war vom „Vorwärts“ unvorsichtig, diesen Beweis zu führen, denn er gibt uns damit die Möglichkeit, von der „vollständigen Abkehr des letzten Arbeiters“ vom Kommunismus in — Ungarn und Italien zu sprechen und dieser Beweis ist eben so schlüssig wie jener des „Vorwärts“. Den Argumenten Gorthys und Mussolinis vermochten die Kommunisten ebensowenig standzuhalten, wie die Sozialdemokraten den Argumenten der sowjetrussischen Tscheka. Daß nun in Rußland der letzte

Reichskonferenz der Bergarbeiter.

Ein Vorschlag des Ministerpräsidenten. — Heute Revierkonferenzen. — Die Entscheidung fällt auf der nächsten Reichskonferenz.

Die für den 21. September anberaumte und vertagte Reichskonferenz der Bergarbeiter fand am 22. d. M. im „Libovny Dům“ in Prag unter dem Vorsitz der koalitierten Bergarbeiterverbände statt. Sie dauerte von elf Uhr vormittags bis zwei Uhr nachmittags. Anwesend waren von den koalitierten Verbänden 51 und den Revierräten 21, also zusammen 72 Delegierte. Die Abgeordneten Proszil und Pohl erstatteten einen ausführlichen Bericht über die vorgefallenen Ereignisse und über den Verlauf der Verhandlungen mit den Unternehmern. Ferner berichteten sie über das Ergebnis der Verhandlungen mit dem Minister für öffentliche Arbeiten Srba und dem Ministerpräsidenten Svehla. Hierbei brachten die Berichterstatter der Reichskonferenz auch den Antrag des Ministerpräsidenten bezüglich der Beendigung des Streikes zur Kenntnis. Der Antrag des Ministerpräsidenten lautet:

Mit dem Tage des Arbeitsantrittes tritt eine zehnprozentige Lohnherabsetzung bis zum 31. Dezember 1923 in Gültigkeit. Mit 1. Jänner 1924 tritt für den Fall einer ganzwöchentlichen Beschäftigung in der Dauer von mindestens vier Wochen, eine weitere Lohnreduktion von fünf Prozent ein, wobei sich die Reviere verpflichten, daß sie sich bemühen werden, die volle Beschäftigung auch weiterhin zu erhalten.

Wird diese Garantie von den Unternehmern nicht geleistet, tritt ab 1. Jänner 1924 eine Reduktion von vier Prozent ein. Sonst gelten die Bestimmungen des bisherigen Vertrages bis 31. März 1924.

In der dem Bericht folgenden Debatte sprach aus jedem Revier ein Vertreter. Hieraus wurde folgender Antrag einhellig angenommen:

Die Reichskonferenz der Bergarbeiter hat den Bericht über das Ergebnis der Verhandlungen zwecks Beendigung des Bergarbeiterstreikes entgegengenommen. Das Ergebnis besteht in dem Antrage des Ministerpräsidenten vom 21. September 1923, bezüglich Regelung der Lohnfrage im Ostrauer Reviere. Nach Anhörung des Berichtes beschließt die Reichskonferenz:

1. Auf den am morgigen Tage stattfindenden Revierkonferenzen die Stellungnahme der Bergarbeiter zu diesem Ergebnis festzustellen.

2. Die definitive Entscheidung über das weitere Vorgehen erfolgt auf der nächsten Reichskonferenz, welche sofort einberufen wird, sobald die Stellungnahme der Unternehmer hinsichtlich Abbruch von Kollektivverträgen in allen Revieren festgestellt sein wird.

Der Streik dauert daher unverändert weiter.

Montag Verhandlungen mit allen Revieren.

Prag, 22. September. (Tsch. P. B.) Das Ministerium für öffentliche Arbeiten teilt über die Verhandlungen zur Beendigung des Bergarbeiterstreikes folgendes mit: Die Verhandlungen über die Beendigung des Bergarbeiterstreikes wurden gestern und heute einerseits im Ministerium für öffentliche Arbeiten, andererseits im Ministerratspräsidium fortgesetzt. Da der Kern des Konfliktes die Regelung der Verhältnisse im Ostrau-Karwiner Revier ist und bleibt, wurden die Verhandlungen in dieser Richtung konzentriert. Nach ausführlichen Verhandlungen im Ministerratspräsidium in Anwesenheit des Ministers für öffentliche Arbeiten wurde in der Nacht auf heute ein Vorschlag betreffend die Beendigung des Lohnkonfliktes im Ostrau-Karwiner Revier formuliert, welcher heute der Reichskonferenz der Bergarbeiter als Gegenstand der Verhandlungen diene. Morgen, Sonntag, wird über diesen Vorschlag in den Revierkonferenzen referiert werden. Für Montag hat das Ministerium für öffentliche Arbeiten die Vertreter der Arbeiterschaft und der Grubenbesitzer aller Reviere nach Prag berufen zwecks Verhandlungen über den Abschluß eines Kollektivvertrages in allen Revieren. Eine unmittelbar darauf einberufene Reichskonferenz wird sodann den Beschluß über die Beendigung des Konfliktes fassen.

Die Situation in Ostrau.

Währ. Ostrau, 22. September. (Tsch. P. B.) In ganzen Reviere herrscht vollkommene Ruhe. In allen Betrieben werden Betriebsstörungen gemeldet. Auf einigen Schächten wurde die Gefahr der Verschüttung der Gassen und Stollen kon-

Arbeiter „vollständig“ mit Hilfe von Kerker, Gasen und Flintenlugeln „abgefallen“ ist, das mag bis zu einem gewissen Grade richtig sein, aber die dabei verwendeten Mittel sollten den „Vorwärts“ doch abhalten, auf diese Art Belehrung stolz zu sein. Gegen die Werbestraft der Tscheka vermochten vorläufig die Sozialdemokraten in Rußland freilich ebensowenig aufzukommen, wie die Kommunisten gegen die Belehrungsmittel der „erwachenden Christen“ in Ungarn und der Schwarzheiden in Italien. Der Trost, den sie sich an dem russischen Beispiel holen, läßt sie auch neuerdings die Demokratie in Grund und Boden verdammern, da ihnen diese bei den Wahlen eine solche Enttäuschung bereitete. Es tut uns leid, ihnen auch hier nicht folgen zu können, denn nach wie vor erblicken wir in der Demokratie, so verfallt sie heute auch sein mag, die einzige Möglichkeit der politischen Schulung der Arbeiterschaft, ihrer Erziehung zu Klassenbewußtsein und sozialistischer Gesinnung. Wenn uns der „Vorwärts“ zu belehren sucht, wir dürfen nicht darauf verzichten, durch außerparlamentarische Kampfbewegungen das Proletariat zu entflammen; so lehnen wir diese Belehrung dankend ab, denn die ganze Geschichte der Sozialdemokratie beweist, daß wir niemals auf außerparlamentarische Kampfbewegungen verzichtet haben. Allerdings hielten und halten wir dazu politische und soziale Vorbedingungen für notwendig und nicht, wie dies die Kommunisten tun, künstlich geschmiedete Parolen. Wir halten nichts für verhäng-

nissvoller, als die kommunistische Gepflogenheit, das Proletariat zur Ueberhöhung seiner Kräfte zu verleiten, es in „revolutionäre“ Duschschäume zu versetzen, ihm in Zeiten, da das Proletariat geschwächt ist und vor allem seine Positionen schützen müßte, täglich neue Kampfpapieren vorzusetzen, deren Undurchführbarkeit bei den Arbeitern schließlich die schwerste Enttäuschung hervorrufen muß.

Diesem verantwortungslosen Treiben zu huldigen, blieb den Kommunisten vorbehalten und in ihm ist eine der Hauptursachen der Schlappe des deutschen Proletariats bei diesen Wahlen zu suchen. Wir sagen: des Proletariats, denn die Kommunisten müssen selber zugeben, daß sie „nicht alle“ Arbeiter, die ihre Hege von der Sozialdemokratie abspaltete, festzuhalten vermochten. Allerdings haben sie sich dafür eine löbliche Erklärung zurechtgelegt: die Demagogie der Bürgerlichen habe in der Wahlagitation als Hauptschlager das „bolschewistische Chaos in Rußland“ angewendet und wir hätten ihnen „diese Waffe in die Hand gedrückt und geschärft“. Mit einem Wort: die Kommunisten machen uns ganz ernsthaft zum Vorwurf, weil wir die Arbeiterschaft darüber aufklärten, wie es in Rußland aussah — nebenbei: von einem „Chaos“ haben wir nie gesprochen! — daß wir an den sowjetrussischen Verhältnissen aufzeigten, daß dort keine Spur von Sozialismus vorhanden sei, daß der Bolschewismus zum Kapitalismus sich fortentwickelt habe und schließlich, daß der Bolschewismus nicht das Mittel sei, Gesell-

statiert. Einige Gruben werden nach Beendigung des Streikes nicht in Stande sein, die volle Zahl der Bergarbeiter zu beschäftigen, da zuerst die Schächte in Ordnung gebracht werden müssen. Morgen wird in Prag eine Revierkonferenz der Mitglieder der Betriebsräte und der Gruppenvorsitzenden abgehalten, in der der Bericht über den Verlauf und das Ergebnis der Prager Beratungen erstattet werden wird.

Infolge des Bergarbeiterstreikes 7000 Glasarbeiter in den deutschen Gebieten erwerbslos.

Es war zu erwarten, daß sich bei dem Bergarbeiterstreik die ersten Folgen für die Glasindustrie bemerkbar machen werden, weil dieselbe zu den größten Kohlenverbrauchern gehört. Nach den Berichten, die bis jetzt an den Zentralverband der Glasarbeiter eingelangt sind, mußte die Produktion in 24 Glasfabriken wegen Kohlenmangel eingestellt werden und wurden hievon wieder 6591 Glasarbeiter arbeitslos. Wir bringen im folgenden eine Zusammenstellung der einzelnen Firmen und die Zahl der betreffenden Arbeiter, die wir der „Glasarbeiter-Zeitung“ entnehmen:

Table with 2 columns: Firm name and number of workers. Includes entries like Böhml. Glasindustrie A.-G. Steinhilber (580), Montan- und Industriewerke Unter-Reichenau (500), Siemens A.-G. Neustadt (500), etc.

Wir bemerken hiezu, daß sich diese Zusammenstellung nur auf die deutschen Gebiete bezieht, daß in Mittelböhmen, der Slowakei, zum mindesten dieselbe Zahl in Frage kommt und daß jeden Tag immer neue Betriebsstellen plattarfeiten, so daß die Zahl der erwerbslosen Glasarbeiter im ganzen Staatsgebiete zum mindesten das zweieinhalbfache der obigen Zahlen betragen dürfte.

chaft und Staat dem Sozialismus entgegenzuführen. Wenn der „Vorwärts“ treuherzig meint, eine Unterlassung der Auffklärung der Massen über den Zusammenbruch der bolschewistischen Ideologie hätte bewirkt, daß die durch die Hegearbeit der Kommunisten von uns abgesplitterten Arbeiter den Kommunisten erhalten geblieben wären, so ist das so drollig, daß es schwer hält, nicht hell aufzulachen. Das ist nicht mehr Naivetät, sondern schon ausgepöchte Dummheit. Wir brauchen uns wahrhaftig nicht dafür zu verantworten, daß wir der Arbeiterschaft Sowjetrußland als den schlagendsten Beweis dafür vorführten, wie sehr die Kommunisten das Proletariat auf Irrwege locken.

Wir wissen sehr wohl, daß der übliche Wahlausfall vom Sonntag auch noch andere Ursachen hat, als die Zerstörungstätigkeit der Kommunisten; so die wirtschaftliche Stagnation und die lumpige Demagogie der Deutschbürgerlichen. Aber die Tatsache bleibt bestehen: die Kommunisten haben durch ihre, von jeder Scham freien Hege und Wählerarbeit gegen die Sozialdemokratie den bürgerlichen Klassenfeinden den Boden vorbereitet. Ohne das Zerstörungswerk der Kommunisten, deren törichte Verheißungen Massen von Arbeitern zuerst dem Kommunismus zuführten, um sie dann zu ernüchtern und zu enttäuschen, wären alle Mühen des Bürgertums, alle ihre unsauberen Lügen ohne Erfolg geblieben. Diese große Schuld von sich abzuwälzen, wird den Kommunisten nicht gelingen!



### Hakenkreuzherrschaft auf den Hochschulen?

Der Wahlerfolg der deutschen Nationalsozialisten hat bereits seine erste Frucht gezeitigt. Die deutschböhmischen „Akademische“ Jugend, die allüberall die Hochschulen als Vorposten der Reaktion bezogen und die auch in Prag sich nicht erst einmal als Stoßtruppe der radikal-nationalistischen Parteien versucht hat, geht daran, die Stärkung, die die Hakenkreuzlerische „Idee“ durch den Wahlausgang erfahren hat, zur Drofflung der Freiheit der Wissenschaft und der politischen Meinungsäußerung auszunützen. Und sie versucht das in einer Weise, die selbst in der Geschichte der reaktionären Bestrebungen an den deutschen Hochschulen unerhört ist. Die deutschböhmischen Studenten haben gestern an den akademischen Senat der Prager deutschen Universität folgende Eingabe gerichtet:

„Die Deutsche Studentenschaft der Prager Deutschen Hochschulen hat mit großer Entrüstung festgestellt, daß zwei Lehrer der Deutschen Universität, Univ.-Prof. Dr. Oskar Fischer und Priv.-Dozent Hugo Hecht anlässlich der Gemeindevahlen als Wahlkandidaten moralischer Parteien mit der tschechischen Erbenstiftungsgruppe gemeinsame Sache gemacht haben und dadurch dem hartbedrängten Prager Deutschtum in den Rücken gefallen sind. Die Deutsche Studentenschaft der Prager Deutschen Hochschulen bringt dem hohen Akademischen Senate zur Kenntnis, daß sie die Hochschulen des sudetendeutschen Volkes nicht bezieht, um hier von Lehrern solchen Schloges erzogen zu werden. Es kann einem deutschen Studenten nicht zugemutet werden, sich einem Lehrer zu Füßen zu setzen, gegen den er vom tiefsten Abscheu erfüllt ist. Die Deutsche Studentenschaft der Prager Deutschen Hochschulen richtet an einen hohen Akademischen Senat die Anfrage, ob er willens ist, diesen beiden un deutschen Lehrern das Gastrecht zu entziehen, das sie bisher an der Deutschen Universität genossen haben oder ob ein hoher Akademischer Senat es vorzieht, der Deutschen Studentenschaft die Entfernung der beiden Herren zu überlassen. Auf die Pressmeldungen hinweisend, laut welchen an die Prager Deutsche Universität ein jüdischer Professor berufen werden soll, erklärt die Deutsche Studentenschaft der Prager Deutschen Hochschulen, daß sie diesen neuen Schritt zur vollständigen Verjudung der Sudetendeutschen Universität nicht ruhig hinnehmen wird, und überläßt einem hohen Akademischen Senat alle Verantwortung für die Unruhen, die an der Deutschen Universität durch die Berufung eines jüdischen Professors heraufbeschworen werden. Die Deutsche Studentenschaft der Prager Deutschen Hochschulen erklärt, daß sie mit allen an Gebote stehenden Mitteln sich der Entdeutschung der sudetendeutschen Universität widersetzen wird.“

Die Lektüre dieses Schriftstückes macht einen förmlich starr vor der Furcht dieser Hakenkreuzjünglinge. Wer sind sie und woher nehmen sie die Kühnheit, derart gegen ihre Lehrer aufzutreten, wie kommen sie, unerfahrene Schüler, schon ihrer Jugend wegen unverantwortliche Meinungen, dazu, dem akademischen Senat einen förmlichen Auftrag auf Entfernung zweier Professoren zu erteilen? Das Häuflein Hakenkreuzlerischer Fanatiker, das selbst innerhalb der Studentenschaft eine verschwundene Minorität bildet, wagt es, zwei Professoren, anerkannte Männer der Wissenschaft, zu beschimpfen, weil sich diese zum Sozialismus bekennen haben und weil sie Juden sind? Sie erdreisten sich, mit Brautialgewalt zu drohen, wenn man ihren Wünschen nicht sofort Folge leistet? Wir wollen vorläufig annehmen, daß diese Eingabe der böhmischen Studenten an den akademischen Senat nur die Frucht ihrer erhabenen Phantasie ist, vielleicht, ja wahrscheinlich die Folge gewissenloser Verheerung von

### Blutige Unruhen in Bulgarien.

Belagerung der Kommunisten. — Belagerungszustand für ganz Bulgarien. — Auflösung der Kammern. — Rekonstruktion des Kabinetts Zankow.

Sofia, 22. September. (Sonderberichterstatter des Tsch. W.) Die kommunistischen Aufstände in Südbulgarien wurden vorläufig unterdrückt, und die Ordnung wiederhergestellt. In den Gefechten bei Tschirpan und Nowa Zagora, wo auch Artillerie verwendet wurde, fielen über hundert Kommunisten. Ebenfalls wurden verwundet und 150 gefangen genommen. Die Kommunisten unter Führung des Abgeordneten Todor Lukanow beschädigten die Eisenbahnstrecke bei Jancowo und Orizowo, wo ein Zug entgleiste. Der Lokomotivführer und Heizer wurden verletzt; die Passagiere blieben unverletzt. Der Kommunistenführer, General Weltschew wurde gefangen, sein Sohn, der ebenfalls Kommunist ist, ist gefallen. Der Reserve-major Rankow, welcher Instruktor der bewaffneten Kommunisten war, wurde gestern in Sofia verhaftet.

Der Eisenbahnminister Kazasow, welcher Sozialdemokrat ist, und der Eisenbahnerverband, erließen Aufrufe, in welchen sie zur strengsten Pflichterfüllung auffordern. Heute wurde der Eisenbahnverkehr wieder überall ausgenommen. Die nordbulgarische Strecke ist ruhig.

In Sofia wurde ein kommunistisches Aktionskomitee in der Mica Wüste ausgerufen, wobei der Kommunist Gitschew erschossen wurde. Von den übrigen sechs Kommunisten entkam einer, die anderen wurden verhaftet, darunter die Abgeordneten Todorow, Antonow, Iwanow, Nikolapantschew und Dr. Paschow.

Die Regierung beschloß die Verhängung des Belagerungszustandes von ganz Bulgarien. Attentate, Hochverrat und ähnliche Delikte werden von Militärgerichten abgeurteilt.

Diplomatische Kreise stimmen den Maßnahmen der Regierung zu, die Bevölkerung fühlt eine Erleichterung. Sehr viele Freiwillige stellen sich der Regierung zur Verfügung.

Jar Boris trifft heute von Euxinograd in Sofia ein, um das Dekret über das verhängte Standrecht und über Auflösung der Kammern sowie Ausschreibung der Wahlen zu unterzeichnen. Ministerpräsident Zankow überreichte dem Herrscher die Demission des gesamten Kabinetts. Er wird ein neues Kabinett ohne den liberalen Minister Smilow bilden.

Sofia, 22. September. (BZA.) In Belgrad werden unausgeseht phantastische Berichte über die innere Lage Bulgariens, über blutige Zusammenstöße zwischen Kommunisten und Bauern einerseits und Regierungstruppen andererseits verbreitet. Schließlich wird behauptet, daß in Bulgarien eine Revolution ausgebrochen ist und daß in einer Stadt Nordbulgariens eine provisorische Regierung proklamiert wurde. Wir erklären neuerdings, daß diese Berichte vollständig grundlos sind. Die lokalen Unruhen, welche sich am 20. d. M. in einigen Städten Südbulgariens ereigneten, sind noch an demselben Tage unterdrückt worden. Die Regierung hat aber trotzdem, um ähnliche Zwischenfälle an anderen Orten zu verhüten, beschlossen, im Lande den provisorischen Belagerungszustand zu proklamieren. (Also: Belgrad lügt, wenn von dort Berichte über Unruhen in Bulgarien verbreitet werden, Sofia lügt aber nicht, wenn es zugeht, daß lokale Unruhen sich ereigneten, die unterdrückt wurden und im ganzen Lande die Verhängung des Belagerungszustandes notwendig machten. D. Red.)

### Inland.

Eine tschechische Wahlstatistik. Die „Reforma“ bringt eine Wahlstatistik der tschechischen Parteien. Danach erhielten die tschechischen Sozialdemokraten in Böhmen 209.525, in Mähren 50.943, in Schlesien 25.903, insgesamt also 286.371 Stimmen. Die Kommunisten erhielten in Böhmen 298.427, in Mähren 67.518, in Schlesien 15.121, insgesamt 381.064 Stimmen. Die tschechischen Nationalsozialisten erhielten in Böhmen 248.767, in Mähren 36.659, in Schlesien 5400 Stimmen, insgesamt daher 290.826 Stimmen. Die Erbenstiftungsgruppe erhielt in Böhmen 17.858, in Mähren 592, insgesamt 18.450 Stimmen. Den Agrariern zählt die Statistik in Gemeinden, in denen gewählt wurde, insgesamt 336.527 Stimmen auf. In Gemeinden, wo nicht gewählt wurde, erhielten die Agrarier 232.662 Stimmen. Die Merkmalen erhielten insgesamt 443.000 Stimmen, die Nationaldemokraten 177.500, und die Gewerbetreibenden 143.000 Stimmen. In diesen Ziffern sind die Zahlen aus der Slowakei und Karpathoruthland — die wir übrigens gestern veröffentlicht haben — nicht inbegriffen.

Die unzulänglichen Gemeindeumlagenüberweisungen. Am 21. November 1922 haben die Abgeordneten Genossen Bentele, Cernak und Schweichart eine Interpellation an die Regierung in Angelegenheit der unzulänglichen Gemeindeumlagenüberweisungen eingebracht. Seither sind zehn Monate verstrichen, ohne daß die Interpellation beantwortet wurde. In der Zwischenzeit hat sich, wie der Regierung gewiß nicht unbekannt sein dürfte, die Finanzlage der Gemeinden weiter ungünstig gestaltet, es kommen dem deutschen sozialdemokratischen Abgeordnetenklub von allen Seiten Klagen der Gemeindevertretungen zu, daß die Gemeindefinanzlage nicht fortgeführt werden kann, wenn die Gemeindeumlagen nicht mit größerer Beschleunigung überwiesen werden. Unser Abgeordnetenklub hat daher am gestrigen Tage den Ministerpräsidenten an die seinerzeitige Interpellation erinnert und um Beantwortung der Interpellation auf schriftlichem Wege ersucht.

Die Wahlen im Bezirke Bergreichenstein sind überall gut verlaufen. In Bergreichenstein selbst sind wir wieder die stärkste Partei geblieben. Von 1160 abgegebenen Stimmen hat unsere Partei allein 404 Stimmen und 10 Mandate erhalten. In Unterreichenstein haben wir neun Mandate, in Rikau sieben Mandate und in Chummo alle Mandate errungen.

Demonstrationen in Ungarisch-Stalitz. Gestern ereigneten sich in Ungarisch-Stalitz Demonstrationen von Anhängern der Merkmalen Volkspartei, welche ihre Unzufriedenheit darüber äußerten, daß der Bezirksvorsteher in Ungarisch-Stalitz auf Grund des Paragraphen 53 der Wahlordnung die Wahl des Ferdinand Cerny und des Dr. Alexander Stizina in die Gemeindevertretung annulliert hat, weil beide Gemeindepensionäre sind. Cerny und Stizina gehören der slowakischen Volkspartei an. (Cerny ist ein Schwager des bekannten Jedlicha.) Vor acht Uhr früh kam eine Menge von etwa 1000 Personen mit einer Fahne vor das Gebäude der Bezirksbehörde. Eine dreißigköpfige Abordnung unter Führung des Abgeordneten Tomik begab sich in das Bezirksamt, wo sie in Abwesenheit des Bezirksleiters, dessen Vertreter empfing. Die Abordnung forderte in sehr energischer Weise die Zurückziehung der erwähnten Entscheidung des Bezirksamtes und drohte, falls diesem Ansuchen nicht entsprochen würde, mit einem Kampfe. Sodann hielt Abg. Tomik aus dem Fenster des Bezirksamtes eine Ansprache an die Volksmenge. Diese begab sich hierauf mit der Musikkapelle vor das Haus Cernys, auf den sie Hochrufe ausbrachte. Dasselbe geschah vor dem Hause Dr. Stizinas. Die Demonstranten zogen sodann vor das Gemeindehaus, wo Abg. Tomik wiederum eine Ansprache

### An die deutschen Studenten!

Ein Klügel verbummelter deutschnationaler Studenten, die die mangelnden Erfolge ihres Studiums durch politische Vorbeeren auf Kosten der deutschen Universität ersetzen wollen, hat sich erlaubt, im Namen einer deutschen Studentenschaft, die ihr nie das Recht dazu erteilt hat, gegen Professor Fischer und Dozenten Hecht Terrormaßnahmen anzukündigen, weil sie es gewagt haben, für die Interessen der Arbeiterschaft einzutreten. Abgesehen von der bodenlosen Frechheit, den Lehrern einer Universität ihre politische Handlungsweise vorschreiben zu wollen, bedeutet dieser Versuch, so kindisch er ist, eine ernstliche Gefährdung des Betriebes unserer Hochschulen und der Sicherheit der Studenten.

Glauben diese Herren, daß es ihnen diesmal besser erginge, als bei ihrem letzten Versuch, der Universität ihren Willen aufzuzwingen? Im Gegenteil, die Regierung wird gewiß nicht zögern, mit allen ihren Mitteln: Universitäts-sperre, Semesterstreichung, Kesseltrommel, mit Terror- und Schußgesetz einzuschreiten. Wir warnen daher alle Hörer, besonders die jungen Kollegen, die jetzt das Studium beginnen, auf die Schlagworte einer Handvoll verantwortungsloser Leute hineinzuweisen. Wir erklären, daß die sozialistischen Studenten gewillt sind, im Ernstfall mit allen akademischen und außerakademischen Mitteln die Terrorversuche deutschnationaler Studenten im Keime zu ersticken.

Prag, am 22. September 1923.

Der Ausschuss der Freien Vereinigung sozialistischer Akademiker der deutschen Hochschulen in Prag.

### Mephisto und die deutsche Währung.

Akt II. Teil, 1. Akt.  
Kanzler:

Nun also, ihr Getreuen, Lieben, Versammelt um der Weisheit Thron, Wo war'n wir gestern steh'n geblieben? Ich glaube: bei der Inflation.

Schatzmeister:

Die Steuern, die wir angeschrieben, Wie Hörenwasser blieben aus. Wohin man kommt, hält jetzt ein Proffer sein Und unbekümmert will er leben. Zusehen muß man, wie er's treibt; Wir haben so viele Rechte hingegen, Daß uns auch nicht ein Recht mehr übrig. Auch auf Parteien, wie sie heißen, Ist heutzutage kein Verlaß, Die Bayern prügeln sich und Breißen, Der Dollar steigt, es steigt der Haß. Die wertbeständigen Devisen Verstecken sich, um auszuweichen, Es ist die schlimmste aller Krücken: Ein jeder hat für sich zu tun. Des Goldes Pforten sind verammelt, Ein jeder kratzt und scharrt und sammelt, Und unsere Kassen bleiben leer.

Verkehrsmeister:

Welch Unheil muß auch ich erfahren. Wir wollen alle Tage sparen Und brauchen alle Tage mehr.

Gesetzmeister:

Gerechtigkeit . . . Doch ach, was hilft dem Menschengeist Verstand, Dem Herzen Güte, Willigkeit der Hand, Wenn's sieberhafti durchaus im Staate wütel Und alles sich in Nebeln überbrütel? Wer schaut hinab von diesem hohen Raum Zus weite Reich, ihm scheint's ein sch.

Wehrmeister:

Wie lobt's in diesen wilden Tagen! Ein jeder schlägt und wird erschlagen. Und ach! ich selbst bin Blindkuch Und daß das Illegale zu. Ich laß sein Toben, wütend Hausen. Bin nur nach links hin forscher Ma. Denn, 's sind noch Könige da drauß. Die gehn mich mehr als Zeigner an.

Rohlenkönig:

So bilden wir die Einheitsfront! Erhöht den Preis, senkt den Diskont! Mehr Arbeitsleistung, wen'ger Löhne, Das ist das Wahre, Gute, Schöne.

Ar- und Palmkönig:

Verlangt ihr von mir Ernährung, Bezahlet mich in Roggenwährung, Dann jauchzen die Wiesen, es freut sich das Vieh Und die Dajsen sind nicht mehr steinerfien.

Bankenkönig:

Wir klettern über Kinderleichen. Der Dollar muß hoch, die Mark muß weichen. Wir leben von der Notenpresse. Glend? — Für nicht Notiertes kein Interesse.

Gemurmel der Menge:

Wo soll das aus? O Glendswelt. Ich hab' kein Feuer, kein Kleid, kein Geld. Die Kinder laufen in Lumpen. Den einen die Binsen, den andern die Zölle. Den einen der Reichtum — und uns die Gold glüht in roten Klumpen.

Kanzler:

Entschlüsse sind nicht zu vermeiden, Wenn alle schädigen, alle leiden.

Mephisto:

Was ist erwünscht und stets willkommen: Was ist ersehnt und nicht verjagt? Was immerfort in Schutz genommen? Was hart gescholten und verklagt? Fürwahr: es ist die güldene Qual, Die Geißel der Menschheit: Das Kapital. Ihr wißt, ich riet euch einst zu Assignaten, Zu der Willkürden Bleigewicht,

So will ich euch furd're Rettung raten, Nur stopft des Staates Läden nicht! Vor allem muß ein Defizit verbleiben, Denn meine Weisheit ist spekulativ, Und wollt ihr euch dem Teufel recht verschreiben, So lobt das Kapital und bleibt passiv, Dem Glücke zu, dem blutenden, vertiechten Führ' ich euch zu im Kaufsge der Effekten, Zwar wen'gen nur ist Eintritt in mein Haus, Doch diesen brei' ich alle Leppigkeiten aus Und öffne die Tresors im Licht der Diamanten — Die andern soll'n verrecken an den Straßenkanten.

Chorus mysticus:

Was webt sich da um den Habenstein?

Chorus visibilis:

Der wird noch lang' im Amte sein.

Chorus antisemiticus:

Der Teufel hol die Silberdinge, Die Unken und Novemberlinge.

Kanzler:

Der Worte sind genug gedrechselt: Wir wollen Taten lassen sehn.

Mephisto:

Doch wenn ihr nicht die Richtung wechselt, Wird alles in die Binsen gehen. Für die richtige Abschrift: Cagotte. (Aus der „Frankfurter Zeitung“.)



hielt. Hierbei brach die Menge in Drohrufe gegen den Bezirksleiter aus. Als dieser von einer amtlichen Kommission zurückkehrte, legte sich eine Abordnung unter Führung des Abgeordneten Tomil, Dr. Státnas und Cernus zu ihm und forderte von ihm Aufklärung bezüglich der oben erwähnten Entscheidung. Die Deputation wurde auf das Besondere verwiesen. Abg. Tomil erklärte hierauf, er werde für den 29. September eine große Volksversammlung ein, auf welcher die Abg. Juriga und Tomanel sprechen würden und der Kampf proklamiert werden würde.

Um den Prager Bürgermeisterstuhl. Die tschechische nationalsozialistische Partei ist in zwei Lager geteilt. Das eine ist für den bisherigen Bürgermeister Dr. Vaza, das andere tritt für den Jng. Rejzer ein. Man sagt, daß beide Kandidaten in der Partei die gleiche Zahl von Anhängern haben und bei einer Probeabstimmung in der Rathausfraktion sollen auf beide Kandidaten je elf Stimmen gefallen sein. Beide Lager drohen mit der Sezession ihrer Anhänger für den Fall, daß ihre Kandidaten nicht gewählt werden. Als Notkandidat ist im Hintergrund noch der Dr. Jenk aufgetaucht. Wenn die strittige Angelegenheit nicht innerhalb der Partei geregelt wird, kann es im Prager Gemeinderat zu einer Kampfabstimmung kommen. Der Streit ist für die nationalsozialistische Partei um so unangenehmer, als die beiden Führer der Partei außerhalb Prags weilen. Mosac ist in der Schweiz und Strábruth hält sich in Karpathoruhland auf. Die Sitzung des Gemeinderates, in der die Wahl des Bürgermeisters erfolgen soll, findet zwischen dem 25. September und dem 2. Oktober statt. Hernach findet die Wahl der Vizebürgermeister statt. Die erste Vizebürgermeisterstelle beanspruchen die Nationaldemokraten. Aber auch bei ihnen ist noch nicht klar, wer diese Stelle einnehmen wird. Momentan hielt sich ein Kampf zwischen dem Dr. Vanál und dem Herrn Titára statt, welcher vor einiger Zeit seinen Platz im Landesauschuss verließ und als Beamter ins Finanzministerium trat, um sich so für die Funktion eines Prager Vizebürgermeisters freizumachen. Die zweite Vizebürgermeisterstelle erhalten die Kommunisten, welche den Redakteur des „Kude Bravo“ Johann Skála kandidieren. Die Stelle des dritten Vizebürgermeisters wird von den tschechischen Sozialdemokraten beansprucht, denen er nach der Lage der Dinge auch zukommt. Die politischen Gewerbetreibenden aber versuchen, mit Hilfe eines Bundes der kleinen Parteien diese Stelle zu besetzen. Für den Fall, daß dieses Manöver gelingen sollte und die tschechischen Sozialdemokraten um den Vizebürgermeisterposten gebracht werden sollten, kandidieren die Gewerbetreibenden den Präsidenten der Prager Mustermesse Bohac.

Nach den Wahlen in Karpathoruhland. Das Wahlergebnis in Karpathoruhland läßt sich bereits übersehen. An erster Stelle befindet sich die Agrarpartei, welche ihre Kandidatenlisten in 238 Gemeinden (von 310), in denen überhaupt nicht gewählt wurde, durchsetzte und auch die größte Mandatszahl in den Gemeinden, in denen der Wahlkampf ausgefochten wurde, errang. An zweiter Stelle stehen die Kommunisten, welche besonders in den Städten gewannen, wo ihnen in bedeutendem Maße das Militär half, durch dessen Abstimmung die herrschenden Parteien überrascht wurden. Es trat dies besonders in Ungvar augenfällig zutage, wo die Soldatenstimmen den Kommunisten zu zwei Mandaten verhelfen. Besondere Erfolge erzielten die Kommunisten auch in der Zalsgrubengegend. An dritter Stelle rangieren die Sozialdemokraten, welche zwar in den Städten Rückgänge aufweisen, aber auf dem Lande ihre Positionen gehalten und die Kommunisten überflügelt haben. An vierter Stelle steht die liberale Chliborobapari. Von den ungarischen Parteien ist die sogenannte „loyale“ Bürgerpartei aus den Wahlen als stärkste magyarische Partei Karpathoruhlands hervorgegangen. Es würde aber jeder irren, der da glaubt, aus der Zahl der gewonnenen Mandate dieser oder jener Partei ihre Kraft und die Zahl ihrer Anhänger ableiten zu können. Die karpathoruhischen Verhältnisse — so bemerken zum Wahlergebnis die „Lidobó Noviny“ — sind anders geartet als die Verhältnisse in den westlichen Ländern der Tschechoslowakei. Von der Mitgliedschaft in einer politischen Partei kann man hier in unserem Sinne überhaupt nicht sprechen. Die Programme der Parteien sind unbekannt. So wie in der Slowakei die Kommunisten ihre Versammlungen mit einem christlichen Gruß einleiten, so geschieht dies ähnlich auch in Karpathoruhland, aber in noch größerem Umfang. Demagogische Schlagworte ziehen hier mehr als andernwärts. Wer die Seele der Menschen kennt, wer ihren Wünschen entgegenkommt, wer ihre Vertrauenswürdigkeit ausnützt und — was die Hauptsache ist — wer der Letzte kommt, der hat den Triumph. Es ist dies unter anderem ersichtlich auch aus dem Protest der sozialdemokratischen Partei Karpathoruhlands: in vielen Orten, wo die Sozialdemokraten alleinige Kandidatenlisten aufgestellt hatten, kamen plötzlich knapp vor Ende der Einreichungsfrist die Agrarier und alle vorher getane Arbeit war umsonst. Gerade deswegen kann man sich nicht gut vorstellen, daß die Dinge so bleiben, wie sie am 16. September schienen.

Die Wahlen in Preßburg. Dem Preßburger „Magyar Ullag“ zufolge gebend das Ministerium für die Slowakei die Preßburger Wahlen für ungültig zu erklären, da angeblich ungunstigen der Slowaken vorgegangen worden sei.

Die Zensur auch gegen die „Staatsverhaltensden“. Freitag wurden in Brünn drei Zeitungen

# Vor der Einstellung des passiven Widerstandes.

## Berliner Beratungen.

Berlin, 22. September. (Eigenbericht.) Wie wir schon mitgeteilt haben, wird die Reichsregierung anfangs nächster Woche Beratungen mit den Vertretern der besetzten Gebiete abhalten, die sich mit der allgemeinen politischen und wirtschaftlichen Lage befassen und die künftigen Richtlinien der Ruhrpolitik festlegen sollen. Daran wird sich am Dienstag eine Besprechung des Reichskanzlers mit den Ministerpräsidenten der einzelnen Länder anschließen, denen dann die Sitzungen des auswärtigen Ausschusses des Reichstages und des Reichstages selbst folgen werden. Alle diese Verhandlungen gelten der Frage: Wie kann der Ruhrkampf beigelegt werden, wie kann das Deutsche Reich wieder zu ruhiger wirtschaftlicher Arbeit zurückkehren? Der „Sozialdemokratische Parlamentsdienst“ schreibt heute zu dieser Situation: Deutschland steht am Wendepunkt seiner Politik, sowohl in innen- wie in außenpolitischer Beziehung. Unsere finanzielle Lage ist überaus traurig, die Position der französischen und belgischen Truppen im Ruhrgebiet gestärkt, so daß eine Fortsetzung des passiven Widerstandes unwirksam und damit zwecklos ist. Politisch und wirtschaftlich haben wir den Kampf verpielt, moralisch ist er gewonnen; der Beweis ist geführt worden und gegläut, daß Frankreich nicht imstande ist, das Ruhrgebiet produktiv zu gestalten, wenn die ansässige Bevölkerung es nicht will. Das ist zweifellos ein Ergebnis, kaum von Bedeutung für die jetzt kommenden Verhandlungen, aber immerhin doch eine Tatsache, die aus innenpolitischen Gründen der Anerkennung bedarf und deren Wert vielleicht in der späteren Geschichte einmal festgesetzt werden wird. Die Reichsregierung ist entschlossen, aus dieser Lage die Konsequenzen zu ziehen. Sie ist verantwortlich für das Geschick unseres Volkes und eben dieser Verantwortung wegen muß sie Schritte selbst gegen einen Teil der Bevölkerung unternehmen, die sie für notwendig erachtet, und offen ihre Auffassung über die Lage äußern. Ein Volk, dessen wirtschaftliche Lage vollkommen zertrümmert ist, das heute lediglich um seine staatliche und wirtschaftliche Existenz kämpft, kann sich keine Ausgaben mehr für einen Kampf leisten, der unwirksam und dessen Zweck längst überholt ist. Das offen anzusprechen ist die Absicht der Regierung in den kommenden Tagen.

### Neue Unruhen in Dresden.

Dresden, 22. September. Heute vormittags begannen neue Unruhen in Dresden. In der Dreßdener Markthalle und auf dem Postplatz usw. kam es zu scharfen Zusammenstößen zwischen Demonstranten, Sicherungspolizei und berittenen Schutzpolizisten. Einige der Demonstranten wurden verhaftet. Die Kundgebungen, an denen sich viele Tausende beteiligten, dauern zur Stunde (12 Uhr) noch an. Alle Geschäfte der inneren Stadt haben ihre Lokale geschlossen.

### Demonstrationsstreik in Hamburg.

Berlin, 22. September. (Eigenbericht.) Als Protest gegen die unverträgliche wirtschaftliche Lage und um die Forderungen nach scharfen Maßnahmen der Regierung zu unterstützen, hatten die Hamburger Gewerkschaften für heute mittags von 11 bis 12 Uhr zu einer einstündigen Arbeitsruhe ausgerufen. Der Demonstrationsstreik wurde einmütig durchgeführt; die Arbeit ruhte fast in sämtlichen Betrieben. Die Stadt- und Straßenbahn stand still; auch viele

beschlagnahmt: „Zoc. Budoucnost“, „Straž Socialismu“ und das Abendblatt der „Občanste Nov.“.

Beneš gegen Strimunt. „Tribuna“ meldet, daß der ehemalige Außenminister Strimunt der Gegenkandidat Dr. Beneš im Völkerbundrat sei und bemerkt hierzu: Von der Kandidatur der Vertreter Polens und der mitteleuropäischen Staaten in den Völkerbundrat war bereits auf der Konferenz der Kleinen Entente in Zinaja die Rede. Die Polen waren damals bereit, mit den Kleinen Entente-Staaten über Verschiedenes zu verhandeln, aber sie gaben den Wunsch kund, daß die tschechoslowakischen, rumänischen und südosteuropäischen Delegierten in Genf ihren Kandidaten unterstützen. Polen weiß, daß das eine unerfüllbare Forderung war, denn die Staaten der Kleinen Entente stellen zusammen eine größere wirtschaftliche und moralische Macht vor als Polen, das infolge seiner schlechten finanziellen und inneren ungeordneten Situation in internationalen Verhandlungen keinen solchen Einfluß hat, wie sich die politischen Staatsmänner wünschen würden. Zielen die Polen trotzdem Strimunt als Kandidat auf, so ist dies eine Demonstration gegen die Kleine Entente.

## Telegramme.

### Ungarn und die Kleine Entente.

Budapest, 22. September. (Eigenbericht.) Die ungarischen Regierungsparteien waren für den 21. d. zu einer Konferenz einberufen, auf deren Tagesordnung der Vortrag des Pariser ungarischen Gesandten über den Stand der Anleiheverhandlungen in Genf gestellt war. Im letzten Augenblick wurde diese Konferenz abgefragt und die Regierung hielte sich in

Städen der inneren Stadt hielten geschlossen. Zahlreiche Fuhrwerke, die trotz der Streikparolen fahren wollten, wurden angehalten. Sonst kam es zu keinerlei Ausschreitungen und pünktlich wurde nach der abgelaufenen Frist die Arbeit in allen Betrieben wieder aufgenommen.

### Draconische Notmaßnahmen in Bayern.

München, 22. September. Das Ergebnis der Sitzungen des bayerischen Ministerrates am Donnerstag und Freitag sind eine Reihe von Beschlüssen zur Sicherung der Volksernährung in Bayern. Durch verschiedene Verordnungen, deren Nichtbefolgung unter schwere Strafe gestellt ist, soll die Zurückhaltung von Brotgetreide verhindert werden. Die Mehl- und Getreidevorräte in Lagerhäusern und Mühlen unterliegen der monatlichen Bestandaufnahme. Für den Kartoffel-Verkauf ist der Frachtbriefzwang eingeführt, das heißt, es dürfen nur Frachtbriefe mit den Stempeln der amtlichen Kartoffelstelle verwendet werden. Sämtlichen Händlern und Auktionsern, die ihr Geschäft erst seit dem 1. Jänner 1919 betreiben, wird die Handelslaubnis genommen, so daß die Zahl dieser Händler um mehr als drei Viertel vermindert wird. Ueber die Ernennung eines Ernährungsministers ist sich der Ministerrat noch nicht schlüssig geworden.

### Glendsbilder aus Deutschland.

Berlin, 22. September. Einer Meldung des „Berliner Tageblatt“ zufolge hielten die Erwerbslosen in Plauen eine Versammlung ab, in der sie eine sofortige Wirtschaftshilfe von 3 Dollars verlangen, ferner lahmbare Feldfrüchte, Brennmaterial usw. Sie beschloßen auch, gemeinsam auf das Land zu ziehen, ausgerüstet mit Stöcken und Knütteln. Der Beschluß wurde auch gestern von etwa 700 Mann befolgt, welche in der Umgebung Kartoffeln ausgruben. Mehrere Vorgänge meldet die „Deutsche Tageszeitung“ aus Wörs, wo Bergarbeiter der lutscherischen Zechen in etwa 20 Mann starken Trupps, mit Knütteln und Eisenstangen bewaffnet, auf die Dörfer gingen und Lebensmittel verlangten.

### Neue französische Straffaktionen.

Berlin, 22. September. (Eigenbericht.) Wie zu erwarten war, hat der zuständige französische Kommandant das Attentat auf die Essener Eisenbahnbrücke mit neuen Sanktionen beantwortet. Die Straßenbahn wird im gesamten Divisionsbezirk für vier Tage, in Essen selbst für acht Tage stillgelegt mit Ausnahme von einigen Linien; der Verkehr der Lastkraftwagen, Personenautos und Motorräder ist für dieselbe Zeit verboten.

Die Franzosen beschlagnahmten in Koblenz 1,8 Billionen Mark Reichsbanknoten des Landkreises Koblenz ohne Angabe von Gründen; in Duisburg wurden 200, in Hamburg 300 Milliarden beschlagnahmt.

### Neuerliches Anziehen der Devisenkurse.

Berlin, 22. September. (Eigenbericht.) Der Rückgang der Devisenkurse hat nicht lange angehalten; schon gestern abends zogen sie auf neue an. Heute wurde keine amtliche Notierung vorgenommen; im Freiverkehr stieg der Dollar von 110 auf 195 Millionen. Für Montag wird mit einer neuen Hausse gerechnet; in deren Erwartung sind heute schon zahlreiche Kaufaufträge auf Devisen gegeben worden.

Stillschweigen über die Genfer Verhandlungen. In gut unterrichteten politischen Kreisen heißt es, daß die Vertagung der Konferenz der Regierungsparteien auf den Wunsch des Ministerpräsidenten erfolgt ist, der nicht wünscht, daß über die Genfer Verhandlungen irgend etwas in die Öffentlichkeit dringe. Bethlen habe zwar in Genf die Zustimmung zur Aufhebung des Generalpandrecht nicht erhalten, er habe aber einen anderen Erfolg erzielt, der für die zukünftige ungarische Politik von größter Bedeutung werden kann. In Genf ist es ihm nämlich gelungen, einen Keil zwischen die Mächte der Kleinen Entente zu treiben und den tschechischen Außenminister Beneš für seine Politik zu gewinnen. Während die rumänische Regierung jede Verhandlung absichte und der rumänische Delegierte beim Völkerbund das damit begründete, daß er von seiner Regierung keine Ermächtigung zu Verhandlungen habe, und während sich der jugoslawische Außenminister Rinkić Bethlen gegenüber ablehnend verhielt, hat Beneš alles daran gesetzt, um zu einer Vereinbarung mit Bethlen zu gelangen.

Während nämlich Beneš unter dem Druck der Nationaldemokraten den ungarischen Markt um jeden Preis erobern will, wollen Rumänien und Jugoslawien einem Ungarn, dessen Reichsverweiger während der Anleiheverhandlungen die Nachbarstaaten mit einem Rebanekrieg bedroht, keine politische oder finanzielle Hilfe gewähren, so daß in Genf heute nicht ein Kampf der Kleinen Entente gegen Dorthy-Ungarn ausgefochten wird, sondern ein Kampf zwischen der tschechoslowakischen Diplomatie auf der einen und der rumänischen und jugoslawischen auf der anderen Seite. Unter solchen Umständen bietet Graf Bethlen alles auf, daß dieser diplomatische Kampf nicht durch ein Eingreifen von ungarischer Seite gestört werde.

## Die österreichischen Wahlen.

### Wahlaufruf der Christlichsozialen.

Wien, 22. September. (Eigenbericht.) Die Christlichsozialen veröffentlichten heute ihren Wahlaufruf. Interessant daran ist, daß sie in der Frage des Abbaues des Mieterschutzes vor der sozialdemokratischen Agitation einen Rückzug antreten, wenn auch sehr verhalten. Der Bundeskanzler Zeipel hatte vor einiger Zeit ganz klar ausgesprochen, daß nach den Wahlen der Mieterschutz abgebaut werden müsse und erst dieser Tage hatte der christlichsoziale Abgeordnete Kauschal dasselbe erklärt. Im Wahlaufruf der Christlichsozialen heißt es aber: „grundsätzlich kann und darf der Abbau des Mieterschutzes hinsichtlich der Bestimmungen über die Mietzinsbemessung nur schrittweise und nur in dem Ausmaß erfolgen, als dazu die wirtschaftlichen Voraussetzungen geben sind. An den bestehenden Mietzinsbeschränkungen darf, infolge der Not an Wohnungen herrschend, nicht gerüttelt werden.“

Ueber die christlichsozialen Kandidaten teilt das christlichsoziale Weltblatt mit, daß Zeipel und der Minister Schmidt im ersten Wiener Wahlkreis kandidieren werden. Von den monarchistischen Kandidaten sollen der ehemalige Gesandte Dr. Wenzl und Professor Dr. Zechner auf die christlichsoziale Kandidatenliste kommen; der ehemalige Minister Hussarek soll nicht kandidieren werden.

Gestern ist in Pöding dem Bundeskanzler Zeipel eine Versammlung gesprengt worden. Die Morgenblätter hatten berichtet, daß die Sprengung von Sozialdemokraten erfolgt sei. Das christlichsoziale Weltblatt meldet aber, daß das nicht richtig sei, daß vielmehr die Sprengung von Kommunisten inszeniert war und daß die sozialdemokratischen Vertrauensmänner mit Zustimmung auf die Wahlvereinbarung sich bemüht haben, auf die Arbeiter beruhigend einzuwirken, und dafür von den Kommunisten noch belohnung wurden.

Das Bauprogramm der Wiener Sozialdemokraten. In der letzten Sitzung des Gemeinderates wurde das fünfjährige Bauprogramm für die Gemeinde Wien zur Behebung der Wohnungsnot einstimmig angenommen. Danach wird die Gemeinde Wien in den nächsten fünf Jahren vom Jahre 1924 angefangen durch Errichtung von Ziehlungsbauten jährlich 5000 Wohnungen und eine entsprechende Anzahl von Werkstätten und Geschäftslökalen schaffen.

### Die Italiener räumen Korfu?

Paris, 22. September. (Havas.) Nach aus britischer Quelle geschöpften Athener Mitteilungen haben die Italiener am 21. d. M. mit der Räumung Korfus begonnen. (Eine Bestätigung dieser Meldung muß zunächst abgewartet werden.)

### Basle an Mussolini.

Rom, 21. September. (Stefani.) Der jugoslawische Gesandte Antonievic hat gestern abends dem Ministerpräsidenten Mussolini ein Schreiben des Ministerpräsidenten Basile überreicht. In dem Schreiben, das in sehr herzlichen Ausdrücken gehalten ist, wird die Mühseligkeit weiterer direkter Verhandlungen der beiden Regierungen besetzt Lösung des Rumoner Problems betont.

### Zur Zusammenkunft Baldwin-Poincaré

London, 22. September. (Reuter.) Die hiesigen maßgebenden Kreise halten dafür, daß, wie wohl das über die Zusammenkunft Baldwin mit Poincaré ausgegebene Kommuniqué bezeugen könne, daß es Poincaré gelungen ist, die englischen Zweifel bezüglich der letzten Ziele der französischen Behebung des Ruhrgebietes zu zerstreuen, eine vorsichtige Reserve beobachtet werden muß, infolgedessen nicht die näheren Einzelheiten bekannt sein werden. Trotzdem herrscht aber hier der Eindruck vor, daß, falls die Vorverhandlungen befriedigend verlaufen werden, in der nächsten Zeit eine interalliierte Reparationskonferenz einberufen werden würde. Bevor es aber dazu kommt, werden viele vorbereitende Handlungen notwendig sein.

### Fimmen des Amtes entzogen.

Berlin, 22. September. (Eigenbericht.) Nach einer Meldung der Wochenchrift „La Vie ouvrière“ soll das internationale Gewerkschaftsbüro in Amsterdam in seiner letzten Sitzung den Generalsekretär Fimmen des Amtes entzogen haben. Die Nachricht wird in Kürze offiziellen Charakter annehmen. Hier ist darüber nichts bekannt; es bestehen allerdings schon seit einiger Zeit Differenzen zwischen Fimmen und der Gewerkschaftsinternationale, besonders wegen der Stellung zu den kommunistischen Gewerkschaften. Fimmen glaubt mit ihnen schon jetzt eine Gemeinshaft herstellen zu können, trotzdem sie ihre Taktik der Ferkürbung und Spaltung der Arbeiterbewegung noch immer nicht eingestelt haben. Auch in anderen wichtigen Fragen befindet sich Fimmen im Gegensatz zu der Mehrheit seiner Mitarbeiter.

### Die Militärdiktatur arbeitet.

Madrid, 22. September. (Havas.) Durch eine Regierungsverordnung werden überall Militärgerichte und eine Abkürzung des Gerichtsverfahrens eingeführt.



# Tages-Neuigkeiten.

## Abschied vom Sommer.

In die Wasserpflügen, die sich zwischen Rasenfläche und Parkweg gebildet haben, fließen einformig und ohne Hast die Tropfen des Herbstregens. Welt und halb versaut fällt das Laub zur Erde. Kalte Nässe überall. Aus den Baumkronen kommt kein Vogelsang mehr, ein müdes Rauschen manchmal nur, wenn ein Windstoß das nasse, gelbe Laub durcheinanderschüttelt.

Eine ungasliche Stätte ist der kleine Park da draußen an der Stadtgrenze geworden. Niemand verweilt mehr in ihm, da er kein frisches Grün und Schatten mehr spenden kann und braucht. Der Holz- und Kohlenhändler hat ihm den Rang abgelassen. Weil seine Zeit gekommen ist.

Ein Invalidenhaus steht mitten in dem kleinen Park. Für die armen Opfer des Völkermordens, die in diesem Hause eine Heimstätte gefunden haben und schlecht und recht ihr Dasein hier fristen können, war der Abschied vom Park ein Trauertag. Sie haben alle diesen Tag mit Bangen nahe gesehen, sie alle, die ihren Park an warmen Sommer- und Spätsommertagen mit ihren Rollstühlen und Stelzfüssen bevölkerten. Und als eines Morgens der Himmel sich grau in grau über der Stadt wölkte, als Regenhauer das in satter Reife glänzende Laub zu Boden schlugen und von den Raminen den Rauch zur nassen Erde drückten, da haben die Sonnenbrünnigen Abschied genommen von ihrem Park, von seinen lauschigen Plätzen und grünen Rasendecken, — von ihrem Sommer, auf Monate hinaus. Im Torgang des Invalidenhauses standen sie alle und warteten zuerst, ob nicht doch der Sommer noch einmal, wenn auch nur für wenige Stunden, kommen werde. Und als das Regen herabschüttende Grau des Himmels nicht weichen wollte, zog sich einer nach dem andern auf sein Kämmerlein zurück. r. h.

## Furchtbare Grubenkatastrophe in Dombrowa.

Aus Dombrowa-Gornica wird eine furchtbare Grubenkatastrophe gemeldet. Die Katastrophe ereignete sich infolge eines Brandes auf der Grube „Neden“, in der ungefähr 800 Arbeiter beschäftigt sind. Bis gestern abends sind 33 verkohlte Leichen aufgefunden worden, von etwa 80 Bergleuten fehlt jegliche Spur. Die übrigen konnten dank einer rasch eingeleiteten Rettungsaktion in Sicherheit gebracht werden.

Der Kunsthistoriker Ferdinand Avenarius, der Begründer und langjährige Herausgeber des „Kunstwart“, ist im Alter von 67 Jahren in Rom auf dem Tode gestorben. Als einer der führenden Kunsthistoriker Deutschlands hatte er den größten Einfluss auf die Entwicklung der Künste in den letzten Jahrzehnten genommen.

Eine Million für eine Zeitung. In den letzten Tagen haben die Preise vieler Zeitungen in Deutschland im Einzelverkauf den Betrag von einer Million Mark erreicht oder überschritten. Der häufigste Preis ist zwar noch immer 300.000 bis 400.000 Mark für die einzelne Nummer, aber manche kosten schon 800.000 Mark, eine Nummer der „Deutschen Allgemeinen Zeitung“ eine Million und die „Danziger Volksstimme“, die man noch am 14. d. für 300.000 Mark erhielt, wurde am darauffolgenden Tage nur noch für anderthalb Millionen Mark abgegeben. Die Million ist daher Kleingeld geworden. Man kann sich vorstellen, wie arg die Not wurde, wenn solche Preise möglich sind.

100.000 Marknoten im Straßenhandel. Der Pariser „Autanfrageant“ meldet aus London, daß seit einigen Tagen Straßenverkäufer deutsche Hunderttausendmarktscheine zum Verkauf anbieten. Der Andrang der Käufer war so stark, daß der Straßenverkehr teilweise gestört wurde und die

Polizei Ordnung schaffen mußte. Die Verkäufer verlangen für einen Hunderttausendmarktschein zwei Pence, also 6000 Prozent mehr, als der offizielle Kurs ist.

Die unstillen „Drei Heiligen“. Die Tiroler Landesregierung hat auf Antrag des Obmannes des Vereines zur Bekämpfung der öffentlichen Unsauberkeit die weitere Aufführung des Bühnenwerkes „Die drei Heiligen“, Volksstück von Alfons Helmer, aus Gründen der öffentlichen Sittlichkeit für ganz Tirol verboten. . . . Hoffentlich ist damit die Sittlichkeit für ganz Tirol so gründlich gegen alle Fallstricke Satans gesichert, daß auch die behördlich geduldeten Spielbanken sie nicht mehr erschüttern können!

Erdböße auch im Amurgebiet. Nach einer Meldung der Russischen Telegraphen-Agentur sind an verschiedenen Stellen des Amurgebietes (Ostibirien) Erdböße beobachtet worden. In Polotoraj gab es ein Erdbeben von sechs Sekunden Dauer. Menschenleben sind nicht zu beklagen.

Das Schicksal der Tschechoslowaken in Japan. Ein vom 19. d. datiertes Telegramm aus Kobe meldet, daß alle Tschechoslowaken, bis auf zwei, die in Tokio blieben, der Gefahr entronnen sind; natürlich haben sie materielle Schäden erlitten. Der Vertreter der tschechoslowakischen Gesandtschaft ist in Kobe, wo er den Tschechoslowaken Pässe und andere notwendige Sachen verschafft.

Höntgenologentag. Auf dem am 4. November in Prag stattfindenden Tagung der deutschen Röntgenologen wird Professor Dessauer, Frankfurt am Main, über das Wesen der Strahleneinwirkung auf den Körper referieren. Außerdem sind bereits 30 Vorträge auf dem Gebiete der Diagnostik, Therapie und Technik angemeldet. Neben den Vorträgen werden die Besucher auch die Möglichkeit haben, die neuesten Apparate und Hilfsgeräte kennen zu lernen, da die führenden deutschen Firmen während dieser Tagung neben dem Sitzungslokal eine Ausstellung veranstalten werden. Das nähere Programm wird noch bekanntgegeben.

Ton und Sittlichkeit im proletarischen Rußland. Die Sowjetpresse beschäftigt sich neuerdings lebhaft damit, daß im Proletariat und besonders in dessen jugendlichem Teil ein „neuer Ton“ Platz greifen müsse. Trotz hat eine Broschüre verfaßt, die diesen Fragen gewidmet ist. Die „Awestija“ schreiben, daß zur Zeit kaum eine andere Frage die Aufmerksamkeit der heranwachsenden Generation so fesselt, wie eben die der gesellschaftlichen Normung des zur Macht gelangten Proletariats. — Bekämpfung des vielfach üblichen groben Schimpfens, des übermäßigen und überflüssigen Rauchens, des Trinkens und des „kleinbürgerlichen Plüschens“ — bis zu den Fragen der Ehe, Begräbnisgebräuchen und dergleichen wird alles unter dem Gesichtspunkt der „neuen proletarischen Ethik“ gestellt. Zahlreiche Briefe proletarischer Leser an die Zeitungen beweisen das Interesse an dieser Frage.

Appetitliche Würste. In Budapest sind in den letzten Wochen zahlreiche Fälle von Wurstvergiftung vorgekommen. Es wurde festgestellt, daß kleine Wurstfabriken aus verdorbenen Fleischabfällen große Mengen Wurst erzeugen.

Ein italienisches Gymnasium in Meran. Aus Rom wird berichtet: Der Ministerrat hat die Neuordnung des Landpostwesens vorgenommen, ferner die Errichtung eines italienischen Gymnasiums in Meran und die Umwandlung der dortigen technischen Schule in ein italienisches Lyzeum beschlossen.

Ein Kanal vom Baltischen zum Schwarzen Meer. Eine Aktiengesellschaft ist unter dem Namen „Syndicat Polonais de la Baltique et de la Mer noire“ in Warschau gegründet worden. Sie will durch einen Kanal das Baltische Meer mit dem Schwarzen Meer

verbinden, um die obersteleische Kohle nach Lodz und Danzig mit Abzweigungen auf Warschau und Posen leiten zu können. Es wäre ein Seehafen mit einem Kanal, der die Stadt mit dem Baltischen Meer verbände.

Massenausgrabungen in Jerusalem. Für diesen Herbst sind in Jerusalem nicht weniger als fünf Ausgrabungen geplant, alle auf dem Gebiet der ehemaligen Davidstadt, die von den miteinander in Wettbewerb tretenden Ausgräbern regelrecht aufgeteilt wird. An diesem „Wettlauf“ beteiligen sich Engländer, Franzosen und Italiener, dann die Jüdische archäologische Gesellschaft und der französische Kapitän Weill, der von Rothschild Geldmittel erhalten hat. Es ist freilich fraglich, ob dieses Neben- und Durcheinander der verschiedenen Gesellschaften sehr zweckdienlich sein wird.

Groß-Meran. Nach der nun zu erfolgenden Zusammenziehung der Stadt Meran und der Kurgemeinden Untermais, Obermais und Gratzsch zu einem Groß-Meran hat die Stadt eine Einwohnerzahl von rund 24.100.

Dieb und Mörder. Aus Berlin wird berichtet: Der neunjährige Schüler Seidel stahl seinen Angehörigen 34 Millionen Mark und öffnete dann nachts die Gasöhne im Schlafzimmer und in der Küche, um seine Eltern zu vergiften. Infolge des Gasgeruchs erwachte die Mutter aber rechtzeitig und weckte ihren Mann. Der Vater brach den Sohn, der von der Mutter auf der Straße angetroffen worden war, nach der nächsten Polizeiwache, wo der Bursche eingekerkert, daß er Geld stehlen und seine Eltern umbringen wollte. Er wird auf Wunsch der Eltern einer Erziehungsanstalt zugeführt.

Wachmann gegen Zuhälter. Dieser Tage hielt in Frankfurt a. M. ein Beamter der Sittenpolizei, der Oberwachmeister Kopp, eine verdächtige Frau an. In diesem Augenblicke stürzten sich nach kurzem Wortwechsel vier Männer auf ihn und schlugen mit Faustschlägen auf ihn ein. Kopp brach befinnungslos zusammen, erholte sich bald wieder und verfolgte die Täter, die inzwischen zu verschwinden suchten. Kopp gab nach vergeblichem Anruf einen Schuß aus dem Revolver auf die Fliehenden ab, der einen den Zuhälter am Oberarm sehr schwer verletzete. Durch hingeworfene Kamraden des Sicherheitsbeamten wurden dann von dem Schwerverletzten noch die Personalien eines der Mittäter festgestellt, dessen Festnahme in der gleichen Nacht erfolgen konnte.

Die Kuh im Speisesaal. Als ein Viehhändler eine größere Herde Kühe durch die Stadt Bludenz (Vorarlberg) trieb, verirrte sich eine Kuh in den Speisesaal des Hotel „Post“, in dem gerade eine Schweizer Gesellschaft speiste. Nach einem Rundgang im Salon, den sie zum Schrecken der anwesenden Damen machte, wurde das Tier vom Hotelier hinausgeführt.

Das Kind im Flugzeug entführt. Vor einigen Tagen erstarb in Wien wohnhafte ehemalige ungarische Staatssekretär Hugo Lachne die Anzeige, daß seine von ihm geschiedene Frau, die Doktorin der Medizin Alice Czernhal, ihre aus der Ehe mit ihm entstammende 14jährige Tochter Magda entführt habe. Vor einiger Zeit war Frau Czernhal von New York nach Wien gekommen. Sie kam mit ihrer Tochter, die in der Pension Savoy, Rärntnerstraße, untergebracht war, zusammen. Magda kam aber nicht mehr in die Pension zurück und seitdem fehlt auch jede Spur von ihr. Das Sicherheitsbüro stellte fest, daß sich Alice Czernhal in Wien eine Schiffslatte gelöst hat und mit einem Dampfer, der von Rotterdam nach Amerika abging, abgefahren ist. Ihre Tochter befand sich jedoch nicht bei ihr. Die Polizei ermittelte nun auch, daß Alice Czernhal am 11. d. nachmittags von dem Flugplatz in Jedlese bei Wien mit ihrer Tochter mit dem Flugzeug „D 206“ nach München abflog.

Verhängnisvolles Dantieren mit Schusswaffen. Dieser Tage stieß in der Herrngasse in Ruffig der 29jährige Karl A. in der Wohnung seines Logie-

gebers aus Spoh mit einem Revolver auf einen seiner Bekannten. In diesem Augenblicke entlud sich die Waffe und der Mann erhielt eine Verletzung am Arm. Aus Angst vor Strafe beging Karl A. hierauf Selbstmord.

Bestialischer Raubmord. In die Pfarrei in Gals bei Lufchenee in der Slowakei drangen Räuber ein, fesselten die Wirtshäuserin, spalteten dem 71jährigen Pfarrer mit einer Axt den Kopf, raubten ihm Uhr und Briefstapel und flohen, bevor die alarmierten Bewohner herbeigeeilt waren. Als Mörder wurde der oft vorbestrafte L. Petha verhaftet, der die Tat eingestand und seine Helfershelfer angab.

Schwerer Unfall. Die 17jährige Tochter des Kohlenhändlers Weigert in Leipzig stürzte durch eine Luke vom Dachboden in die Futterkammer herab und fiel aus das Messer der Pflanzmaschine. Die am Gefäß erittene Wunde mußte ihr sofort vom Arzt vernäht werden.

Die Räuberbande Jila. Wie aus Kadana gemeldet wird, wurden dort weitere fünfzehn Mitglieder der Jilabanda verhaftet. Auch der Nachwächler von Radonik, der der Bande dadurch beihilft war, daß er in den betroffenen Stadtteilen immer die Belenchtung abdrehete, wurde gleichzeitig verhaftet.

Ein Komplott in Preßburg. Die Polizeidirektion in Preßburg berichtet: Die hiesige Polizeidirektion befaßte sich in den letzten zwei Tagen intensiv mit der Untersuchung eines Geheimkomplotts, welches in Preßburg um die Person des abholvierten Technikers Augustin Caderna in Bildung begriffen war. Caderna ist es gelungen, in den letzten 3 Wochen einige Leute für seinen Plan zu gewinnen, einige Dutzend Personen nach dem Muster ausländischer terroristischer Geheimorganisationen zu organisieren mit dem Zweck, ganze Reihen hervorragender slowakischer Personen zu beseitigen, unter welchen sich aktive Mitglieder der Regierung, des Parlaments und einige frühere Mitglieder dieser Korporationen befinden. Durch polizeiliche Untersuchung wurde festgestellt, daß diese Organisation nach dem Plane Cadernas in drei Gruppen geteilt war. Die erste bestand aus sechs Männern aus Intelligenzkreisen, sie hatte die ganze Aktion zu dirigieren, nämlich Beschlüsse zu fassen, wer, wann und wo beseitigt werden soll. Die zweite sogenannte exekutive Gruppe war aus waghalsigen Personen zusammengestellt, die wegen Verbrechen schon vorbestraft wurden. Diese sollte die von der ersten Gruppe beschlossenen Attentate durchführen. Die dritte Gruppe war die Spionagegruppe. Diese sollte die persönlichen Verhältnisse der aussersehen Opfer auspähen und nach dem Attentat die Untersuchung der Polizei führen. Caderna hatte bereits ein detailliertes Personenverzeichnis der Mitglieder dieser drei Gruppen ausgearbeitet. Die erste Gruppe beriet tatsächlich schon am 3. und 10. September in seiner Wohnung über die Personen, die gewaltsam beseitigt werden sollen und über die Mittel, wie es geschehen soll. Außer Caderna wurden noch weitere drei Personen, welche dem Plane Cadernas zustimmten, verhaftet, und zwar: Josef Ferencik, Beamter, Johann Kasparek, Beamter der Sicherheitswache und Konstantin Gaspard, Steuerbeamter. Die Verhafteten werden der Staatsanwaltschaft überwiesen, denn es handelt sich hier nachweislich um ein Verbrechen nach § 9 des Gesetzes zum Schutze der Republik und bei Kasparek auch nach § 12. Punkt 2, des gleichen Gesetzes. Die von Caderna in die zweite und dritte Gruppe eingereichten Personen wurden auch schon zu Zusammenkünften berufen, es stellte sich aber nur einer ein. Die Untersuchung wird fortgesetzt.

Von der deutschen Universität. Die Inkubationen an der deutschen Universität begannen am Montag, den 24. September und dauern bis zum 8. Oktober, mittags zwölf Uhr. Bei der Einschreibung sind zwei gleichzeitige angefüllte Anträge vorzulegen.

Aus dem Prager Polizeibericht. In der Gasse Alstädter Ring—Eisenasse wurde gestern vormittags der 63jährige Moritz Reiner, der mitten in der Straße Geld zählte, von einem Dreirad niedergestoßen und erlitt eine Gehirnerschütterung. — Der Vertreter der Firma Genssch u. Heise, Hamburg, der 49 jährige Kurt Bernd; aus Leipzig,

## Vater Goriot.

Von Honoré de Balzac.

Die externen Pensionäre sind im allgemeinen nur auf das Mittagessen abonniert, das dreizehn Franken monatlich kostet. Zu Beginn dieser Geschichte gab es sieben Interne. Im ersten Stockwerk liegen die besten Zimmer des Hauses; Frau Vanquer hat das bescheidenere eine, das bessere bewohnt Frau Couture, die Witwe eines Kriegskommissars. Sie lebt mit einem jungen Mädchen, Victorine Taillefer, zusammen, an dem sie Mutterstelle vertritt. Die Pension der beiden Damen beläuft sich auf achtzehnhundert Franken. Im zweiten Stock wohnen Poiret, ein alter Mann, und Baurin, ein etwa vierzigjähriger, der eine schwarze Perücke trägt, seinen Schnurrbart färbt und sich als einflussiger Kaufmann ausgibt. Von den vier Zimmern der dritten Etage sind zwei vermietet, das eine bewohnt eine alte Jungfer, Fräulein Michonneau, das andere ein alter Fabrikant von Fadennudeln, italienischen Mehlspeisen und Stärke, der sich Vater Goriot nennen läßt. Die beiden anderen Zimmer sind für Zugvögel bestimmt, für arme Studenten, die wie Vater Goriot und die Michonneau nur fünf- undvierzig Franken monatlich für Zimmer und Essen bezahlen können, Frau Vanquer sind sie unerwünscht, und sie nimmt sie nur, wenn sie nichts besseres findet: sie essen gar zu viel Brot! Zur Zeit war eines dieser beiden Zimmer von einem jungen Menschen bewohnt, der aus der Gegend von Angoulême nach Paris gekommen war, um hier Staatswissenschaften zu studieren.

Seine Familie nahm willig die härtesten Entbehrungen auf sich, um ihm zwölfhundert Franken jährlich schenken zu können. Er hieß Eugen de Rastignac und gehörte zu jenen, die, durch Not und Entbehrungen für die Arbeit bestimmt, sich von früh an der Hoffnung bewußt sind, die ihre Familie in sie setzt; die sich auf eine glänzende Karriere vorbereiten, indem sie den Umfang ihrer Studien berechnen und bereit sind, sich jedem Wechsel in der Entwicklung der Gesellschaft anzupassen, um sie rechtzeitig auszufragen. Ohne sein großes Beobachtungstalent und seine Fähigkeit, sich Zutritt in die Salons der Pariser Gesellschaft zu verschaffen, würde dieser Geschichte ein Hauch von Wahrheit fehlen. Sie dankt ihm seinem Scharfsinn und seinem Wunsch, das Geheimnis eines furchtbaren Dramas zu ergründen, das von jenen, die es verschuldet hatten, ebenso sorgsam gehütet wurde, wie von dem, der es erlitt.

Ueber dem dritten Stock war ein Wäscheboden und zwei Manfarden, hier schliefen Christoph, der Vauqueresche, und die dicke Sylvia, die Köchin. Abgesehen von den sieben Pensionären hatte Frau Vanquer durchschnittlich acht Studenten der Medizin oder der Staatswissenschaften und zwei oder drei Stannigarten, die, in der Nähe wohnend, nur zum Mittagessen kamen. Achtzehn Personen kamen zu Tisch, einige zwanzig konnte das Speisezimmer zur Not fassen. Morgens erschienen nur die sieben Hausbewohner, so daß das Frühstück einer Familienmahlzeit glich. Sie kamen in Morgenschuhen, gestatteten sich intime Bemerkungen über das Aeußere oder das Wesen der Externen und besprachen die Ereignisse des vorhergehenden

Abends in abgewohnter Vertraulichkeit. Diese sieben Pensionäre waren die Lieblinge von Frau Vanquer; mit mathematischer Strenge, der Höhe ihrer Pension entsprechend, erwieß sie ihnen Aufmerksamkeit und ließ Rücksichten walten. Diese durch den Zufall zusammengewürfelten Menschen beobachteten die gleiche Rücksicht gegeneinander. Die beiden Bewohner der zweiten Etage bezahlten nur zweiundsiebzig Franken monatlich. Dieser billige Preis, den man nur im Faubourg Saint Marcel zwischen der Rue de Bourbe und der Rue de la Salpêtrière findet, und von dem allein Frau Couture eine Ausnahme machte, beweist, daß die Pensionäre familiär schwer genug am Leben zu tragen hatten. Dem grausamen Anblick des Innern des Hauses entsprachen die zerfallenen Kleider seiner Bewohner. Die Männer trugen Röcke von nicht näher zu bestimmender Farbe, ihre Stiefel wirkten wie an den Rinnsteinen eleganter Viertel zusammengequetscht, ihre Kragen waren ausgefranst. Die Kleider hatten ihren Leib eingebüßt und waren nur noch Seele. Die Frauen trugen längst aus der Mode gekommene aufgefärbte und wieder verblühte Kleider, alte gestülpte Spitzen, Handschuhe, die durch den Gebrauch glänzten, fuchsbrote Halskrausen, verschliffene Umschlagerücker. So waren die Kleider, aber die Körper wirkten durchweg solide und hatten den Stürmen des Lebens getrotzt, die Gesichter waren kalt, hart, verwischt wie entwertete Laster. In einem weissen Mund standen geriege Zähne. Ueber diesen Menschen lag der Hauch von durchlebten Dramen oder von solchen, die sich nicht im Rampenlicht, zwischen gemachten Kulissen, abspielen, sondern von leben-

digen und doch stummen Dramen, deren Faden nicht abreißt und die ans Herz greifen.

Das alte Fräulein Michonneau trug über ihren müden Augen einen schmutzigen Schirm aus grünem Taft, in Messingdraht eingefast, der selbst den Engel des Erbarmens abgeschreckt hätte. Hinter ihrem Schil mit seinen schabigen, ausgeweinten Franzen schien sich ein Skelett zu verbergen, so eckig wirkten ihre Formen. Welche Achtsamkeit hatte diesem Geschöpf seine weiblichen Formen abgegriffen? Sie war einmal hübsch und gut gewachsen gewesen: war es Laster,ummer oder Habgier? Hatte sie zu sehr geliebt, oder war sie sich für Ruh und Luxus verkauft, oder war sie eine ganz gemeine Dirne? Riefte sie die Triumphe einer frechen Jugend mit ihrem Taumel und ihrer Lust durch ein einsames Alter abblühen? Es überließ einen kalt, wenn sie ihren Blick auf einen heftete; ihr zusammengeschrumpftes Gesicht wirkte wie eine Drohung. Ihre Stimme hatte den zirpenden Ton einer Grille, die den nahenden Winter kündigt. Sie erzählte, daß sie einen alten blauenkranken Herrn zu Tode gepflegt habe, der von seinen Kindern verlassen worden war, weil sie ihn für ganz mittellos gehalten hätten. Der Alte hatte ihr eine Leibrente von tausend Franken vermacht, um diesen Betrag lag sie mit den Erben im Kampf, die ihn ihr durch Verleumdungen strittig machten. Obgleich ihr Gesicht von Leidenenschaften zerwühlt war, hatte ihre Haut noch Spuren von Weiche und Zartheit, die einstige Reize ihres Körpers ahnen ließen.

(Fortsetzung folgt.)



wird seit dem 20. August verlangt. Er pflegte Geschäftsreisen nach Nordböhmen zu unternehmen.

**Wetterüberblick vom 22. September.** Der höchst veränderliche Charakter von Wetter- und Luftverteilung hält an. Zahlreiche Störungen sind vom Ocean gegen die Ostsee unterwegs. Jene vom Freitag hat nur in der mittleren Elbe und in Südostmähren keine Anfeuchtung gebracht. Sonst war ihr Vorbeigang mit Regenfällen von wechselnder, in Böhmen von mehrstündiger Dauer verbunden. Die größte Niederschlagsmenge meldet Eger mit sieben und die Schneeflocke mit 12 Millimeter. Die Mitteltemperatur liegt in unseren Gegenden um 2 bis 3 Grad unter dem Normalwert. Neue Störungen besonden sich Samstag über Schottland und südwestlich von Irland und zeigten östlichen Kurs. Günstiges und windstilles Wetter herrscht nur im Umkreis des Mittelmeeres. — Wahrscheinliches Wetter am 23. September: Abhaltend veränderlich und unbeständig, relativ kühl, zeitweise windig.

## Natur und Technik.

### Ein neues Heilmittel der Zuckerkrankheit

Bisher hat man die Zuckerkrankheit nur mit diätetischen Maßnahmen behandelt und damit zwar keine Heilung, aber immerhin erreicht, daß die schweren Folgen der Zuckerkrankheit verhütet werden konnten. Eine spezifische Therapie kannte man bisher nicht, obwohl schon vor einem Menschenalter durch Mering und Minkowski bekannt geworden war, daß durch Ausschneiden der Bauchspeicheldrüse (Pankreas) bei Hunden eine schwere Zuckerkrankheit entsteht und sofort im Anschluß an die Entdeckung die Vermutung ausgesprochen wurde, daß auch der menschliche Diabetes auf Erkrankung des Pankreas beruhe. Späterhin erkannte man, daß die Drüse aus zwei verschiedenen Zellgruppen besteht, von denen die eine mit starker Verdauungskraft für Eiweiß, Fett und Stärke ausgestatteten Bauchspeichel speist, die andere Gruppe ein inneres Sekret (Insulin) abgibt. Diese Gruppe von Zellen, die von Langerhans entdeckt wurde, nannte man die Insel.

Alle therapeutischen Versuche, durch Zufütterung von Pankreas die Zuckerkrankheit zu heilen, schlugen fehl. Wie Professor Dr. Ullmer in einem Vortrage ausführte, hat der Berliner Kliniker Dr. Zülzer im Jahre 1908 aus dem Pankreasfett ein Präparat gewonnen, das er an zwei Hunden und acht Menschen probierte. Dieses gab vorübergehend eine gute Beeinflussung, aber die Nebenwirkungen waren so unangenehmer Natur, daß man von weiterer Verwendung abließ. Die Wirkungen, die damals Zülzer beobachtete, waren eine Senkung des Blutzuckers und eine günstige Beeinflussung des Acidosis.

Es ist nun zwei jungen kanadischen Forschern am Physiologischen Institute von Macleods an der Universität Toronto gelungen, aus dem Pankreas der verschiedensten Tierarten einen Extrakt zu gewinnen, der frei von störenden Nebenwirkungen ist und der die Eigenschaft hat, den Blutzucker und den Harnzucker stark herabzudrücken und die Acidosis günstig zu beeinflussen. Es gelang ihnen, durch chemische Prozesse die Inselzellen von den anderen Zellen zu isolieren und aus jenen einen Extrakt herzustellen. Ferner konnten sie feststellen, daß bei jungen Ratten von vier Monaten die Bauchspeicheldrüse nur aus dem Inselapparat besteht und ferner, daß bei gewissen Fischarten der Inselapparat von dem Drüsenapparat so entfernt liegt, daß man diesen isoliert gewinnen kann. Fabrikmäßig wurde die Herstellung erst möglich, als es gelang, auch aus dem Schlachthausmaterial den Extrakt, den man Insulin benennt, herzustellen. Die Einspritzung dieses Extraktes an Kaninchen und Hunden ergab, daß der Blutzucker nach zwei Stunden sinkt und erst nach 24 Stunden zur alten Höhe zurückgeht. So, es kann sogar ein derartig geringer Gehalt an Blutzucker erzielt werden, daß Vergiftungserscheinungen eintreten, die aber sofort behoben werden, wenn man Tieren oder Menschen Kohlenhydrate ein gibt.

Versuche an Menschen zeigten, daß das Präparat ein äußerst wirksames Heilmittel bei Behandlung der Zuckerkrankheit ist und daß die Einspritzung desselben bei dem höchstbedrohlichen Koma der Zuckerkranken geradezu lebensrettend wirken kann. Auch bei anderen Gefahren, von denen Zuckerkranken so oft bedroht sind, wird die Gefahr durch Insulininjektionen stark abgeschwächt und die Heilung begünstigt. Die Einspritzungen müssen häufig wiederholt werden, da die Wirkung nur eine kurzdauernde ist. Neben dieser Behandlung mit Insulin ist die Diätbehandlung nicht überflüssig.

Das Präparat wird unter verschiedenen Namen bereits in England, Amerika, Dänemark und Italien hergestellt. Doch besteht die Aussicht, daß auch die deutsche Industrie bald die Fabrikation dieses Präparates aufnehmen wird, da das Toronto Komitee, das die Fabrikation des Mittels überwacht, mit deutschen Gelehrten Verbindungen angeknüpft hat, um die Herstellung des Insulins nach besten Vorschriften in einer angelegenen deutschen Fabrik in die Wege zu leiten.

**Die vernünftigen kleinen Planeten.** Die kleinen Planeten, die die Astronomen bisher ziemlich stiefmütterlich behandelt haben, beginnen ihnen jetzt allmählich über den Kopf zu wachsen. Die Zahl der Neuentdeckungen ist durch die Photographie so sehr gestiegen, daß wir heute bereits rund 1000 solcher Planeten kennen, die sicherlich von einander verschieden sind. Will man nun diese Entdeckungen nicht wieder verloren gehen lassen, so muß jeder zu irgend einer Zeit beobachtete kleine Planet ungewissheit an irgendwelchen Merkmalen wiedererkennen werden. Dazu ist es aber nötig, daß die Bahnkonstanten dieser kleinen und kleinen Himmelskörper genau berechnet werden. Dieser Arbeit haben sich die Astronomen bei den vielen Entdeckungen der letzten Zeit bisher noch nicht recht widmen können. In den „Naturwissenschaften“ bietet die Redaktion eine Uebersicht über das, was bis jetzt gesehnen ist. Die eigentliche Aufgabe besteht darin, für jeden Planeten die

„mittleren Elemente“ und die „allgemeinen Störungen“ durch die sämtlichen übrigen Mitglieder des Sonnensystems zu bestimmen. Dies ist aber bisher nur in einem einzigen Falle, nämlich für die Vesta, geschehen; im übrigen hat man sich mit mehr oder minder großen Annäherungen an das Ziel begnügt. Der erste Schritt auf dem Wege, die Entdeckungen zu sichern, ist nun der, daß aus den vorliegenden Beobachtungen ohne Rücksicht auf die Störungen Elemente abgeleitet werden, die die Berechnung einer Epemeride zur Wiederfindung des betreffenden Planeten bei der nächsten Opposition gestatten. Diese Aufgabe wird im wesentlichen vom Berliner Recheninstitut geleistet. Ein weiterer Schritt besteht in der Durchführung eines Planes von Brendel, der für gewisse Gruppen von Planeten die Störungen soweit berücksichtigt, daß die geometrischen Lerner der kleinen Planeten für die nächsten 100 Jahre innerhalb 20 dargestellt werden. Noch näher dem letzten Ziel kommt man durch die Methode der gruppenweisen Berechnung der Störungen, die bereits verschiedentlich angewandt worden sind. Darüber hinaus führen schließlich die fundamentalen Untersuchungen, wie sie von Verwey für die Vesta geleistet werden. Material für 21 der kleinen Planeten ist kürzlich von Leininger gegeben worden, nämlich für die vier ältesten Planeten, Ceres, Pallas, Juno und Vesta, deren Beobachtung sich schon über mehr als ein Jahrhundert erstreckt, sodann für die „Trojaner“ Achilles, Patroklus, Hector, Priamus und Agamemnon, die durch ihre Beziehungen zum Jupiter bekannt sind, sowie für Eros.

**Ein neuer Vogel auf Helgoland.** Bisher nijeten nur Lummen und Alke auf den roten Felsen von Helgoland. Vor einigen Jahrzehnten gab es auch andere Vögel auf der Insel, so die originellen Papageientaucher; sie sind aber leider der Schieferel zum Opfer gefallen. Nun hat Helgoland, wie im „St. Dubertus“ mitgeteilt wird, seit langer Zeit zum ersten Mal einen Zuwachs an gefiederten Bewohnern erhalten. Ein Schwarm von nördlichen Dreizehnern, die sonst nur im Hochsommer die Nähe der Insel aufsuchen, hat sich auf Helgoland eingenistet und dort gebrütet.

### Bereitet den „Sozialdemokrat“.

## Kleine Chronik.

**Japans größter Filmschauspieler.** Der japanische Schauspieler Sessue Hayakawa, der auch in Europa durch seine Darstellung im Film „Fortaire“ bekannt geworden ist und gegenwärtig mit seiner Gattin in Paris weilt, bietet in seinem Entwicklungsgang ein interessantes Beispiel der japanischen Fähigkeit, sich europäischen Verhältnissen anzupassen. In jungen Jahren war er in die kaiserliche japanische Marineschule eingetreten, mußte aber auf den Wunsch, Marinesoldat zu werden, verzichten, da er bei einem Unfall das Gehör auf einem Ohr eingebüßt hatte. Er begab sich dann zum Studium der Rechtswissenschaft nach Chicago; hier erwachte aber in ihm die Neigung für die dramatische Kunst. Er ging jetzt vor allem daran, die Werke Shakespeares, Iphens und Tolstois ins Japanische zu übersetzen und führte, nach der Heimat zurückgekehrt, die übersehten Dramen mit einer Truppe junger Schauspieler auf, in deren Verband er die ersten Rollen spielte. Angesichts des geringen Erfolges dieses ersten Versuchs, das europäische Drama in Japan einzuführen, kehrte Sessue Hayakawa aber wieder nach den Vereinigten Staaten zurück, wo er als Schauspieler auftrat. Eines Tages sah ihn der amerikanische Filmregisseur Thomas Harper in einem kleinen Theater des Japanerviertels von San Francisco, wo er in einem „Lafkin“ betriebenen Drama auftrat. Der amerikanische Regisseur war von der Kraft und der Naturtreue der Darstellung des Japaners so begeistert, daß er ihn aufsuchte und ihm den Vorschlag machte, in einem nach diesem Drama gearbeiteten Film die Hauptrolle zu spielen. Der Film hatte auch einen außerordentlichen Erfolg, der den Namen des japanischen Schauspielers rasch in ganz Amerika bekannt machte. Diefem ersten Erfolg folgte ein zweiter in dem Filmdrama „Fortaire“, das allerdings in Europa besser gefiel als in Amerika, wo man nicht verstand, wie eine Amerikanerin sich soweit vergessen könne, mit einem „farbigen Mann“ einen schimpflichen Handel einzugehen. In der Folge bearbeitete Sessue Hayakawa für die „Lafkin Corporation“ zahlreiche Filme, von denen aber nur wenige in Europa bekannt geworden sind. Eine ebenbürtige Mitarbeiterin hat der Japaner in seiner Gattin Shun Aoki gefunden, die in der Schule Sada Yacco eine große Schauspielerin geworden ist.

**Künstliches Petroleum.** Die französische Zeitschrift „Revue Pétroliere“ bringt aus der Feder des Toulouser Professors Mailhe einen Artikel, in dem der auch im Ausland bekannte und hochgeschätzte Gelehrte sich über die Möglichkeit verbreitet, Petroleum, das alle charakteristischen Eigenschaften des natürlichen Erdöls aufweist, künstlich zu erzeugen. Man braucht nach dem Verfasser zu diesem Zweck nur verschiedene vegetabilische Oele, rein oder miteinander vermischt, unter gewissen Verhältnis mit Chlorzink zu erwärmen. Dabei erhält man in einem einfachen Verfahren ein vorzügliches verwendbares Produkt. Angesichts des Namens des Professors Mailhe ist ein Zweifel an der wissenschaftlichen Lösung der Aufgabe kaum gestattet, und es bedarf nicht erst der Hervorhebung, welche Bedeutung ein solches Verfahren für die Länder, die über große Oelmengen verfügen, haben müßte. Professor Mailhe versichert, daß er bei seinen Laboratorienversuchen auf dem angegebenen Wege nicht nur Petroleum zu Leuchtzwecken erzeugte, sondern auch Nebenprodukte erhielt, die als Brennstoff für Automobile den bisher im Gebrauch befindlichen leichteren Kohlenwasserstoffen zum mindesten gleichwertig sind.

## Gerichtssaal.

### Das Urteil gegen die Raffeneindbreher.

Gesamturteil: 28 Jahre, 15 Monate und 14 Tage.

**Prag, 22. September.** Nach vier unendlich langwierigen Verhandlungstagen wurde das Urteil gegen die Raffeneindbreher und ihre Helfershelfer gefällt. Bekanntlich stand eine 15köpfige Bande vor den Geschworenen, die in den letzten Jahren in Groß-Prag eine Anzahl schwerer Einbrüche verübt hatte und gegen die jahrelang der Sicherheitsdienst der Polizei machtlos schien. Erst beim letzten Einbruch gelang es mit Hilfe von Fingerabdrücken, die man auf der erbrochenen Kaffe fand, ein führendes Mitglied der Bande festzunehmen. Binnen einer Woche waren auch dann die anderen Einbrecher sichergestellt und festgenommen.

Vor Gericht waren die Eindbreher nur teilweise geländig. Auch ver suchten sie durch Widersprüche den Gang der Verhandlungen zu erschweren, was ihnen jedoch naitlich nicht gut gelang.

Der letzte Tag der Verhandlung war mit dem Anhalten des Vorsitzenden und der Beratung der Geschworenen ausgefüllt. Die Beratung der Geschworenen dauerte Stundenlang. Denn sie hatten nicht weniger als 121 Fragen zu beantworten.

Nach dem Wahrspruch der Geschworenen verurteilte der Gerichtshof:

- Rudolf Wasatka zu acht Jahren,
- Josef Mestan, vulgo Bacina zu sechs Jahren,
- Josef Mestan, vulgo Losos, zu sechs Jahren,
- Johann Buchmoltz zu sechs Jahren,
- Gottl. Podstavec zu zweieinhalb Jahren,
- Milos Dudel zu zwei Jahren,
- Milos Weiss, zu einem Jahre,
- Johann Svarec zu einem Jahre,
- Franz Mestan zu 18 Monaten,
- Gottfried Cejda zu acht Monaten,
- Franz Dvorak zu vier Monaten,
- Josef Stehlik zu einem Monat,
- Rosa Mestan zu einem Monat,
- Marie Kralje zu zwei Monaten und
- Anna Cejda zu 14 Tagen schweren Arrests.

Die Angeklagten erklärten sich fast durchwegs, daß sie die Strafe annehmen. Im Justizvertraum, der bis zum letzten Plätschen gefüllt war, kam es bei der Urteilsverkündung an einigen Stellen zu erregten Auseinandersetzungen.

### Bestätigung des Urteils gegen die Mörder Bierneders.

Vor dem Wiener Gerichtshof in Wien fand Freitag die Verhandlung über die Nichtigkeitsbeschwerden statt, die der zu zwei Jahren Arrest verurteilte Johann Czernak gegen das Urteil erhoben hatte. Bei der Verhandlung vor dem Schöffengericht wurden seinerzeit bekanntlich die Angeklagten Franz Kopicla, Fritz Bevilacqua und Gustav Groß bloß wegen Gefährdung der persönlichen Sicherheit zu je zwei Monaten Arrest, Franz Dietl bloß zu einer Woche Arrest verurteilt, während Czernak zwei Jahre erhielt. Außerdem bekam jeder wegens unbefugten Waffentragens eine Geldstrafe von 100.000 K, aber alle Strafen außer der des Czernak waren durch die Unterjuchungsfrist verbüßt. Czernak allein hat die Nichtigkeitsbeschwerde erhoben. Die Nichtigkeitsbeschwerde stützte sich hauptsächlich darauf, daß der Gerichtshof einen Antrag auf Vollstreckung abgewiesen hat.

Der Oberste Gerichtshof wies die Nichtigkeitsbeschwerde ab. Die Begründung, die der Oberste Gerichtshof der Abweisung gab, war nach der „Arbeiter-Zeitung“ eine Verdamnung der Auflage, die der Staatsanwalt erhoben, und des Urteils. Der Oberste Gerichtshof erklärte, daß die Angeklagten nicht wegen Paragraph 143 des Strafgesetzes (gemeinschaftliche Tötung, bei der man nicht weiß, wer getötet hat), sondern wegen Paragraph 87 hätten angeklagt werden sollen. Dieser Paragraph strafe gefährliche Handlungen, die aus Bosheit unternommen wurden. Die Strafe, die darauf gesetzt ist, geht bis zum lebenslangen Arrest.

Wäre also diese Auflage erhoben worden, die der Oberste Gerichtshof als der Tat angemessene erachtet, so hätten sämtliche Angeklagten zu hohen Strafen verurteilt werden müssen. Da jedoch der Oberste Gerichtshof die Tat nicht schwerer qualifizieren kann, blieb das Urteil unverändert.

## Wirtschaft und Sozialpolitik. Das Einlegerührgesetz.

Am 20. d. M. haben die Beratungen des Wirtschaftsbeirates über den vom Finanzministerium ausgearbeiteten Referentenentwurf des „Gesetzes zum Schutze der Einlagen und Depots“ begonnen. Die Beweggründe und Notwendigkeiten, welche die Regierung bzw. das unmittelbare interessierte Finanzministerium zur Verfassung eines derartigen Gesetzeswerkes veranlassen, sind gewiß zur Genüge bekannt. Die bei dem Zusammenbruch der Mährisch-Schlesischen, Böhmen- und Bodenbant zutage getretenen Erscheinungen und die Tatsache, daß auch andere Geldinstitute von einer „inneren“ Krise erfaßt wurden, haben in der Öffentlichkeit, ganz besonders aber bei den schwer geschädigten Einlegern und Gläubigern der drei erwähnten Banken große Beunruhigung hervorgerufen. Bei diesen Banken gingen die Verluste in die Hunderte Millionen Kö und als sich noch dazu herausstellte, daß der Zusammenbruch nicht vielleicht eine unmittelbare Folge der allgemeinen Wirtschaftskrise, sondern das Ergebnis einer grenzenlosen Mißwirtschaft war, deren Umfang nebenbei bemerkt trotz aller Revisionen bisher noch nicht bekanntgegeben wurde, begann das Vertrauen der Öffentlichkeit zu den Banken zu schwinden, so daß die Regierung sicherlich alle Ursache hatte, an die Herausgabe eines Gesetzes zu schreiten, durch welches die Bankwirtschaft auf neue Grundlagen gestellt werden sollte. Im Wochenbericht des vorliegenden Entwurfes wird denn auch an die Diskussion angeknüpft, welche in der Öffentlichkeit nach dem Krach der drei Banken hervorgerufen wurde. Die Regierung wünscht, „dem allgemeinen Rufe nach Abhilfe der hiebei zutage getretenen Mängel Rechnung zu tragen“. Selbstverständlich dürfe nichts die gesunde Entwicklung der Banken behindern, hingegen sollen alle Maßnahmen getroffen werden, die sich zum Schutze der den Banken anvertrauten Einlagen und Depots als notwendig erweisen, eine geregelte Kontrolle der Banken verwirklicht und schließlich Bestimmungen getroffen werden, daß die Geldinstitute und deren Einleger im Falle von Ruin vor den Folgen einer überreichten Liquidierung bewahrt bleiben.

Schon die Einschränkung, daß die Regierung nichts tun will, was die „gesunde Entwicklung“ der Banken behindern könnte, beweist, daß das Finanzministerium nicht etwa die Herausgabe eines Gesetzes beabsichtigt, durch welches die Funktion der Banken in der Wirtschaft neu geregelt werden sollte. Das Einlegerührgesetz beschränkt sich vielmehr — sichtlich deshalb, damit endlich etwas geschehe — ausschließlich auf die Zusammenfassung einiger Vorschriften über den „indirekten“ Schutz der Einleger und Depotbesitzer, die auf folgenden Grundlagen beruhen:

1. Unter Anlehnung an das reichsdeutsche Bankdepot-Gesetz sollen die Besitzer von Effektdепots, die der Bank zur Aufbewahrung anvertraut oder durch Kaufvertrag erworben wurden, vor der Möglichkeit und den Folgen einer unreellen Manipulation bewahrt bleiben. Bisher hatte es die Bank ziemlich leicht, die ihr übergebenen Effekten anderweitig zu verwerten, z. B. konnte sie gegen ihre Verpändung bei einer dritten Bank Gelder aufnehmen. Dem Depotbesitzer war es, da er seine Bank für „gut“ hielt, ziemlich gleichgültig, ob er im Bedarfsfalle die tatsächlich hinterlegte Aktie oder eine andere der gleichen Gattung erhielt, welche ja für ihn den gleichen Wert besaß. Eine Ausnahme bildeten selbstverständlich die sogenannten nicht vertretbaren (verlustbaren) Stücke, welche infolge ihrer individuellen Gewinnchance nicht vermengt werden durften. Durch Teil I des Gesetzes sollen nun Manipulationen mit allen in der Bank befindlichen fremden Depots insofern unmöglich gemacht werden, als die Verpändung verfügt wird, dem Depotbesitzer die tatsächlich hinterlegten Stücke wieder zurückzugeben. Soll die Bank, wie bisher bei den vertretbaren Werten, zu einer anderweitigen Verwendung des anvertrauten Depots berechtigt sein, ist die Erfüllung einer ganzen Reihe scharfer Bedingungen notwendig. Diese Grundzüge und eine Anzahl von Strafbestimmungen für ihre Umgebung bilden das Wesen des ersten Abschnittes.

2. Von dem Gedanken ausgehend, daß die Besitzer von Einlagbüchern, die im allgemeinen sozial schwächeren Schichten angehören, ganz besonders schutzbedürftig sind, wird im 2. Abschnitt das Büchleinlagegeschäft auf vollkommen neue Grundlagen gestellt. Dieser Geschäftszweig wird einer eigenen Konzeptionsabteilung unterworfen, so daß es in Zukunft unmöglich sein wird, daß Banken oder andere Unternehmungen ohne besondere Bewilligung Einlagbücher oder -blätter herausgeben. Die Konzeptionen werden jedoch erst dann erteilt, wenn die betreffende Bank eine Reihe von Bedingungen erfüllt hat, und zwar hauptsächlich:

- a) daß sie Mitglied der „Revisions- und Treuhändervereinigung“ ist (vgl. tiefer, Abschnitt IV),
- b) daß die Reserven mindestens 10% des Stammkapitals betragen,
- c) daß die Mitglieder des (Bank)Vorstandes sich verpflichten, falls die Reserven unter 10% sinken, aus eigenen Mitteln eine ausschließlich zum Schutze der Einleger dienende Spezialreserve im Ausmaße von 2% des Stammkapitals zu errichten; hat das Unternehmen bisher noch keine Einlagbücher herausgegeben, muß der allgemeine Reservefonds 15% betragen und es müssen sich die Mitglieder des (Bank)Vorstandes, wie im ersten Fall, zur Bildung eines 4%igen Spezialfonds verpflichten.

3. Abschnitt III des Gesetzes enthält Sonderbestimmungen über Aktienbanken. Zunächst werden einige Geschäftszweige der Banken eingeschränkt, bzw. verboten. Eingeschränkt wird das Warengeschäft, verboten wird der Ankauf oder Verpändung eigener Aktien, weiters der Abschluß von Geschäften mit dem Aufsichtsrat bzw. der Abschluß von Geschäften unter Gewinnbeteiligung der Verwaltungsgänge. Die Kontrolle der internen Agenda der Banken soll durch einen Aufsichtsrat erfolgen, der die Revisoren, die bisher Puppen in der Hand der Bankleitungen waren, ersetzen wird. Die Kontrolle soll mittels einer Geschäftsaufsicht und Aufsichtsordnung durchgeführt werden, die ganz besonders auf Kreditgewährungen Rücksicht nehmen muß. Die Wahl des Aufsichtsrates erfolgt auf der Generalversammlung, wobei ein Minoritätsschutz vorgesehen wird. Aktienbanken



mit mehr als 50 Angestellten müssen mindestens zwei Kontrollbeamte einführen, die zu beaufsichtigen haben, ob die getätigten Geschäfte nicht gegen die Geschäftsordnung verstoßen und nach gefundenen Arbeitsmethoden durchgeführt wurden. Schließlich werden Verfügungen über die Haftungsspflicht der Verwaltungsorgane getroffen.

4. Neben dieser internen Kontrolle wird an Stelle der bisher wirksamen und individuellen staatlichen einer Revision der Banken gesetzlich eingeführt, zu welchem Zwecke die sogenannte „Treuhand- und Revisionsvereinigung“ ins Leben gerufen wird. Diese ist mit Ausnahme der Sparkassen, als eine Art Zentralstelle des gesamten Geldwesens gedacht. Die Pflichtmitgliedschaft erstreckt sich auf Banken, die das Einlagensbuchgeschäft betreiben sowie auf Vorschußvereine (Kreditgenossenschaften) und deren Verbände. Da aus Prestigegründen keine Bank auf diesen Geschäftszweig verzichten wird, kann angenommen werden, daß ihre Verwirklichung vorausgesetzt, der geplanten Vereinigung alle Bankinstitute angehören werden, wobei in recht deutlicher Weise auch die Privatbankhäuser (Bankfirmen) zur freiwilligen Mitgliedschaft aufgefordert werden.

Diese Treuhandvereinigung ist ein „Verein“ der Banken, der einem doppelten Zwecke dient. Während der Verein selbst als eine Art volkswirtschaftliche Sammelstelle des Bank- und Geldwesens gedacht ist, wird als seine, allerdings von ihm vollkommen unabhängige, Unterabteilung, eine Revisionsabteilung errichtet, welche die Kontrolle der Mitglieder durchzuführen hat. Der Vorstand der Revisionsabteilung wird vom Präsidenten der Republik ernannt, während die übrigen Angestellten zwar von den Banken bezahlt, aber als öffentliche Angestellte mit weitgehenden Pflichten, Befugnissen und Rechten erklärt werden (!). Zu dieser „Kombination“ sieht sich nach dem Motivenbericht das Finanzministerium aus mehreren Gründen veranlaßt. Die Errichtung dieses seltamen Gebildes wird nämlich mit der Feststellung begründet, daß die staatliche Kontrolle bisher versagt hat, andererseits wird die Errichtung einer von den Banken allein betriebenen, also autonomen Kontrollbehörde aus Konkurrenzgründen für unmöglich erklärt.

5. Teil V des Gesetzes beinhaltet eine Vervollständigung der bisherigen Rechtsnormen für das Moratorium, weil die bisher in Geltung bestehenden Bestimmungen sich als unvollkommen erwiesen haben.

6. Teil VI des Entwurfes enthält allgemeine Bestimmungen, darunter die, daß die ersten drei Abschnitte erst ein Jahr nach Beschlußfassung durch die Nationalversammlung Gesetz werden sollen.

Im Vorstehenden wurden die wichtigsten Prinzipien des neuen Gesetzes einer allgemeinen Betrachtung unterzogen. Mit Rücksicht auf die großen Erwartungen, die an dieses Gesetz, das im Volksmund bereits eine traurige Popularität erreicht hat, geknüpft wurden, muß das Ergebnis als recht unbefriedigend angesehen werden. Vom direkten Schutze der Einleger ist im ganzen Gesetze nichts zu lesen und es wäre doch gewiß nicht allzu schwer gewesen, Verfügungen zu erlassen, wie die Banken mit den ihnen anvertrauten Geldern wirtschaften und ihre Jahresgewinne verteilen sollen. Dadurch, daß die Bestimmungen über das Warengeschäft so weitwändig als möglich verfaßt sind — gestattet wird ausdrücklich das Kommissionsgeschäft im großen auf Rechnung von Unternehmungen, die mit der Bank in Geschäftsverbindung stehen —, sind den Banken gewiß keine Niegel vorgeschoben. Der 2%ige bzw. 4%ige Spezialfonds, den die Verwaltungsräte zum Schutze der bedrohten Einleger errichten müssen, ist viel zu klein. Bei der Währisch-schlesischen Bank (Aktienkapital 40 Millionen Kč) beispielsweise erreichten die Verluste 170 Millionen Kč. Es ist leicht auszurechnen, daß daher der 2%ige Satz vollkommen ungenügend ist.

Auch die Kontrolle der Banken ist in keiner Weise durchgreifend. Waren früher die Revisoren Puppen in der Hand des Verwaltungsrates, wären es nunmehr die Kontrollbeamten, zu denen man gewiß nur der Direktion zu Gesicht stehende Profuristen und Oberbeamte ernennen würde. Es verdient hervorgehoben zu werden, daß das in den letzten Tagen veröffentlichte Gutachten des Bankbeamtenverbandes vom Finanzministerium die Pflichtenführung von Betriebsausschüssen in den Banken verlangt, weil, wie erinnert ist, vom Obersten Verwaltungsgericht die Gültigkeit des Betriebsausschusses auf Banken abgeprochen wurde. Die Betriebsausschüsse sollen nach Vorschlag der genannten Gewerkschaft gleichfalls an der Bankkontrolle teilnehmen, die übrigens im Motivenbericht als dringend notwendig erklärt wird (!), und mit dem Antragsrechte auf Nominierung der Kontrollbeamten ausgestattet werden. Das Gutachten wendet sich auch in entscheidender Weise gegen die gefährlichen Absichten des Finanzministeriums, nach Gesetzgebung Eingriffe in die Rechtsstellung und Dienstverträge der Beamtenschaft zu vollziehen.

Aber auch gegen die Errichtung der geplanten Treuhandvereinigung müssen schwere Bedenken aufgebracht werden. Das Leitmotiv des Finanzministeriums ist offensichtlich. Die verführten Einlegerkreise haben die Regierung für ihre Verluste verantwortlich gemacht, daher das Bestreben, ein Organ zu schaffen, das zwar den Banken nicht allein anvertraut wäre, andererseits aber eine ziemliche Autonomie mit nur verdecktem staatlichen Einfluß erhält, damit im Wiederholungsfall keine Vorwürfe gegen die

Regierung erhoben werden können. Die Treuhandvereinigung muß aber auch noch aus anderen Gründen verworfen werden. Durch § 34 soll nämlich die Regierung die Vollmacht und Berechtigung erhalten, die Funktionen der Treuhandvereinigung im Verordnungswege, also mit Ausschaltung des Parlamentes, zu erweitern. Es offenbaren sich also Möglichkeiten einer Finanzdiktatur, die jedenfalls zur Vorsicht mahnen.

Nach dem Widerstande, der von Unternehmerseite, insbesondere seitens des allmächtigen Bankenverbandes eingesetzt hat, ist zu erwarten, daß die ohnedies dürftigen Ergebnisse des Entwurfes dem Parlamente in noch unannehmbare Form vorgelegt werden. Wenn auch durch das Gesetz die Macht der Banken im Wirtschaftsleben nicht erschüttert wird, kann es der Ausgangspunkt einer gewissen Kontrolle der Öffentlichkeit werden. Der Kampf, der nunmehr im Wirtschaftsbeirat um die Verbesserung des Gesetzes geführt wird und um das auch bald im Parlamente gerungen werden wird, ist daher auch für die Arbeiter und Angestellten nicht ohne Interesse.

**Konzentration in der chemischen Industrie.**  
Zwischen dem Aussiger Verein für chemische und metallurgische Produktion und der Firma Gehe u. Co. in Dresden ist — wie die „Wirtschaft“ aus gut unterrichteter Quelle erfährt — eine Interessengemeinschaft zustande gekommen, wonach die genannte Dresdner Firma den Verkauf gewisser Artikel der Aussiger chemischen Fabrik für bestimmte Gebiete erhalten wird. Auch soll eine größere Post von Aktien der reichsdeutschen Firma in den Besitz des Aussiger Vereines übergegangen sein. Diese Vereinbarung wird dem Aussiger Verein insofern etwas bieten, als er sich auf die Erzeugung gewisser pharmazeutischer Präparate werfen will, bei deren Verkauf ihm die internationale Organisation von Gehe u. Co. natürlich sehr zustatten käme. Ferner will sich das Unternehmen auch dem Ausbau der Erzeugung von Teerfarbstoffen widmen. — Alle diese Maßnahmen, die wir der genannten Zeitschrift entnehmen, würden natürlich dazu beitragen, die stark eingeschränkte Fabrikation der größten chemischen Fabrik in der Tschechoslowakei zu erweitern.

**Die Wirtschaftskrise in Deutschland.** Immer weiter greift in Deutschland die Absatzstodung mit ihren verheerenden Folgen für die Beschäftigung der Industrie und den Arbeitsmarkt. Nach dem „Reichsarbeitsblatt“ verfestigte die teilweise Belebung des Auftragseinganges, die noch im Juli zu verzeichnen war, im August, und es trat fast als allgemeine Absatzmangel ein. Das außerordentliche Ansteigen der Preise, das von dem Sturz der Mark ausgelöst wurde, brachte die Kaufkraft immer weiterer Kreise zum Erlahmen und verschärfte die Kapitalknappheit, die sich für viele Werke, besonders für die kleineren und für die handwerklichen Betriebe zur Kapitalnot steigerte. Daher ist in einer größeren Zahl von Unternehmungen Kurzarbeit eingetreten. Nach den einzelnen Berichten, die von Industriebetrieben an das Reichsarbeitsamt erstattet wurden, hat sich der Beschäftigungsgrad wesentlich verschlechtert. Nur 19 Prozent gegen 20 Prozent im Vormonat von der erfahrenen Arbeiterschaft war in gut beschäftigten Betrieben tätig. 38 Prozent gegen 42 Prozent arbeiteten in befriedigend beschäftigten Betrieben, die Zahl der Arbeiter, die sich auf schlecht beschäftigte Betriebe bezieht, erhöht sich von 38 Proz. im Juli auf 43 Prozent im August. Die Geschäftsaussichten wurden im allgemeinen als nicht günstig bezeichnet. Die Verschlechterung des Beschäftigungsgrades erstreckt sich in letzter Zeit ziemlich gleichmäßig auf fast alle Industriezweige. Die Berichte, die über den Arbeitsmarkt aus der Zeit nach Ende August vorliegen, bestätigen, daß die Arbeitskrise ihren Fortgang nimmt. So rechnet der letzte Wochenbericht über die Arbeitsmarktlage in Berlin in der nächsten Zeit mit einer Steigerung der Kurzarbeit und der Arbeitslosigkeit. Allein in der letzten Woche ist die Zahl der Arbeitslosen um rund 16.000 auf 126.393 gestiegen. Der schlechte Geschäftsgang, der auch hier fast alle Gewerbezweige betroffen hat, ist neuerdings auch in solchen Industrien zu verzeichnen, die wie die Glasindustrie bisher noch verhältnismäßig gut beschäftigt waren. In fast allen Berufen überwiegt die Nachfrage der Arbeitssuchenden das Angebot nach offenen Stellen.

**Schiedspruch im deutschen Kohlenbergbau.** Die Löhne für den Kohlenbergbau in Deutschland in der Lohnwoche vom 17. bis 24. September sind durch Schiedspruch eines vom Reichsarbeitsministerium eingesetzten Schlichtungsausschusses festgesetzt worden. Darnach betragen die Durchschnittslöhne einschließlich des Hausstands- und Kindergeldes für den Ruhrbergbau 160 Millionen, für den ober-schlesischen Kohlenbezirk 120 Millionen, für den sächsischen Steinkohlenbezirk 112 Millionen und für das mitteldeutsche Braunkohlenggebiet 108 Millionen Mark pro Schicht.

**Die polnische Industrie.** Die nach Lodz entsandte Regierungskommission zur Konstatierung der Ursachen der Krise in der Textilindustrie ist nach Warschau zurückgekehrt. Den Warschauer Blättern zufolge stellte die Kommission als Hauptursache der Krise die hohen Produktionskosten fest, welche bereits die Weltparität überschritten haben.

**Kampf im polnischen Kohlenbergbau.** Aus Dombrowa-Gornica, den 22. September, wird berichtet: Seit einigen Tagen finden hier Lohnverhandlungen zwischen den Bergarbeitern und den Bergbauunternehmern statt. Die Arbeiter verlangen eine 27prozentige Lohnerhöhung für

die zweite Hälfte des Monats September, die Bergindustriellen sind bereit, nur 13 Prozent zuzuerkennen. Mit Rücksicht auf die abnehmende Haltung der Bergindustriellen sowie im Zusammenhang mit der gestrigen furchtbaren Grubenkatastrophe herrscht unter der Bergarbeiterschaft des Dombrower Revieres große Mißstimmung und Empörung. Die Leiter der Bergarbeiterschaft drohen mit Massenhungerdemonstrationen der gesamten Arbeiterschaft im Dombrower Kohlenrevier und warnen die maßgebenden Kreise vor den eventuellen Folgen einer solchen Demonstration.

**Devilskurle.**

Die tschechische Krone notiert in:

Table with exchange rates for Prague, Berlin, and Vienna.

**Züricher Schlusskurse am 22. Sept.**

Table with gold and silver prices for various locations like Paris, London, Berlin, etc.

**Kunst und Wissen.**

**Urania.**

„Der Sinn der deutschen Geschichte“, Geheimrat Hermann Duden-München. Samstag, 29. Sept., 8 Uhr. Der berühmte Historiker gibt in dem Vortrag einen weltgeschichtlichen Ueberblick über das hochinteressante Thema. Karten 10 und 6 K, Mitglieder 8 und 5 K.

„Deutsche Dichtung von heute“, Geheimrat Walter Bonn. Mittwoch, 3. Oktober.

„Natürliche und künstliche Ergänzung verlorener Tiere“ (mit Lichtbildern), Univ.-Prof. Dr. Hans Przibram-Wien. Donnerstag, 4. Oktober.

In den Konzerten Kofe und Zemlnsky-Martean steht unseren Mitgliedern eine Anzahl ermäßigter Karten zur Verfügung.

Der Mitgliedsbeitrag beträgt, wie bisher, jährlich 10 K für eine Person und 3 K für jede Anschlusskarte, dazu kommt der Urania-Nachrichten mit 5 K für jede Hauptmitgliedskarte. Mitglieder-Anmeldungen und Kartenverkauf täglich 9-1 und 4-7 Uhr, Urania-Kaffe, Emetzschlag, 22.

**Neues Theater.** Heute, den 23., 2.30 Uhr: Gastspiel Morgan — „Causa Kaiser“, abends: Premiere: „Die Siegerin“. Montag, den 24.: Gastspiel Morgan: „Causa Kaiser“. Dienstag, den 25.: „Das Nachtlager von Granada“, „Susannens Geheimnis“. Mittwoch, den 26.: Gastspiel Bohnen: „Tosca“. Donnerstag, den 27.: Erstes Konzert der Don-Kosaken. Freitag, den 28., nachmittags: „Die schöne Mama“, abends: „Der Rosenkavalier“. Samstag, den 29.: Zweites Konzert der Don-Kosaken. Sonntag, den 30., nachmittags unbestimmt, abends: „Die Siegerin“.

**Aus der Partei.**

Bezirkskonferenzen der sozialdemokratischen Vertrauensleute finden heute um 2 Uhr nachmittags mit dem Thema: „Das Ergebnis der Gemeindevahlen“ statt in Prag: „Mischelober Bierhalle“. Redner: Genosse Bagel. Oberleutnantsdorf: Pfeifers Gasthaus. Redner: Genosse Uhlir. Komotau: „Blauer Donau“. Redner: Genosse Dr. Heller. Görlau: „Hotel Kofe“. Redner: Genosse Kremsler. Weiper: Konsumverein in Schmiedeberg. Redner: Genosse Rühl. Postelberg: Gasthaus „Bären“. Redner: Genosse Vorkbach. Podersam: „Schützenhaus“. Redner: Genosse Hirsch.

**Wetterberichte**

der Staatsanstalt für Meteorologie in Prag.

Table with weather reports for various locations including Prague, Brno, and others, including wind direction and temperature.

**Bereinsnachrichten.**

Samstag, den 6. Oktober veranstaltet der I. deutsche Antik- und Bürogehilfenverein in den Räumen des deutschen Handwerkervereinshauses (Urania), Emetzschlag 22, sein alljährliches, beliebtes Weinlesefest. Im großen Saal Tanzmusik, in der Feurigenschenke spielt ein beliebtes Schrammelquartett aus Tschelau. Eintritt inkl. Steuer K 15. Anfang 8 Uhr, Ende früh. Der Ausschuß. 1820

**Turnen und Sport.**

Mitte August 1924 Mitte August  
**Bundesturnfest der Arbeiterturner**  
in Karlsbad

Heutige Wettspiele. Pokalspiele: DFC. gegen Cechie Karlin. Cechie Smichow gegen EA Liben. AC Sparta gegen HFA. Kolin. — Freundschaftsspiele: am Slobiaplay: Slavia gegen W. K. L. Brunn und DFC. gegen Wiener Sportklub. — Aufseitz SA. gegen Sparta Kofice, HFA. Biele, vice gegen Union Zizov, Viktoria Russe gegen Vinohradsky SA. — In Budapest gelangt das Länderspiel Desterreich gegen Ungarn zur Austragung. — In Berlin findet das Städtetreffen Wien-Berlin statt.

**Mitteilungen aus dem Publikum.**

**Das Beste für Ihre Augen**  
liefert **Optiker Deutsch, Prag,**  
Graben 25, Kl. Basar.

**Sipenia**  
der Elegante  
**SCHUHPUTZ**

Schulanzüge, Herbst- und Wintermäntel, Wäddern, Strohkäbel und Mäntel, enorme Auswahl, maßige Preise, erstklassige eigene Erzeugung empfiehlt Spezialhaus Ferd. Hirsch, Prag, Zetzing 14. Filiale: Narodni tr. 37, „Plattens“. Niederlage b. A. Weiss, Tesky, Schönan, Marktplatz 5, 1. Stock. 1834

Berausgeber: Dr. Ludwig Czoch und Karl Cermak. Druck: Deutsche Zeitungs-Druckerei in Prag. Verantwortlicher Redakteur: Dr. Emil Straub. Für den Druck verantwortlich: C. Dolin

**Alle Bücher**

liefert rasch und billig die  
**Buchhandlung Freilich!**  
Teplich-Schönan,  
Theresienstraße Nr. 18.  
Großes Lager in preiswerter  
Gelegenheitsläufen.  
Beratungsfreie senden wir  
auf Wunsch kostenlos.

**Piering-Seni u. Essig**  
ist der beste!

Verlangen Sie die führenden amerikanischen prima Schweine-Schmalzmarken und schönsten Speckschnitte

**„Apec“ und „Morrell“**

1901 Vertreter für die Czechoslowakei:  
**Robert Stránský, Prag II., Jungmannova 33.**  
Drahtanschrift „Rostra“. Telefon 6067

**Olmützer Käsel u. Stangenkäsel**

in bester Qualität und billig bei 1714  
**L. Olmützer Käsefabrik, A. R. Krabě, Olmütz.**

**Herbst-Verkauf!**

70 cm Flanel für Wäsche . . . K 480  
70 „ Kalliko für Wäsche . . . 380  
75 „ gewebten Modobarchent „ 8-  
140 „ Bettuch-Leinen „ 10-  
Herren-Flanelhemden . . . 16-  
„ Flanel-Unterhosen . . . 16-  
Damen-Flanelhemden . . . 14-50  
„ Flanelhosen . . . 14-50  
Trikot, Schürzen, Klot, Kanakas, Damast, Schifflon u. Stoffe zu billigen Preisen auf Lager.  
**Weberel und Wäschefabrik 1815**  
**OTTO KATZ**  
Prager Engros-Lager I., Celetná 14.  
Kein Laden, nur im ersten Stock.  
Kofr. Pizeňská 114. Libušin bei Kladno.  
Besichtigen Sie die Auslagskasten!